

## 68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017

### Antrag Nr. L001 "Schauen wir nicht länger zu. Programm der Freien Demokraten zur Bundestagswahl 2017"

#### Änderungsanträge mit Bericht der Antragskommission

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
<b>Zeile 2 bis 2 - Antragsteller: Dagmar Weiner (LV Hessen)</b>			
1	Ersetzung sehen	kennen	Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 10 bis 13 - Antragsteller: Dagmar Weiner (LV Hessen)</b>			
2	Ersetzung "Wir sehen, wie extreme..." bis "...zu vernichten."	Wir stellen fest, dass durch eine große Koalition ohne Opposition und auf europäischer Ebene eine Kommission ohne Kontrolle und Opposition, sich bei allen politischen Anliegen und Entscheidungen immer mehr Staatsdirigismus und Zwangsverwaltungswirtschaft durchsetzen. Kontroverse Debatten werden schnell mit moralischen Urteilen oder populistischen Verallgemeinerungen abgestellt. Die Europäische Union wird in ihrer heutigen Form in Frage gestellt. Extreme Gruppen von Links und Rechts verführen mit vereinfachten Weltbildern. Islamistische Terroristen versuchen, mit Gewalt unsere Werte und Lebensformen zu vernichten.	Abstimmung ohne Beratung. Passt nicht in Präambel. Wird an entsprechender Stelle behandelt.

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
<b>Zeile 39 bis 41 - Antragsteller: Dagmar Weiner (LV Hessen) für den Kreisverband Offenbach-Land</b>			
3	Ersetzung Wenn Natioanlisten...Schwächen beheben	Die Europäische Union hat in Sachen Freihandel und offene Grenzen viel für Freiheit und Frieden in Europa beigetragen. Aber wir sehen auch, dass sich die EU-Politik in vielen Bereichen in die falsche Richtung entwickelt hat. Wir wollen hier korrigieren und vielleicht auch neu aufsetzen. Kritik ist in einer freien Gesellschaft die Voraussetzung für Fortschritt. Wir werden genau prüfen und Korrekturen anstreben, wo Kommission und Parlament ihre Aufträge nicht wahrnehmen oder sich verselbstständigt haben.	Abstimmung ohne Beratung. Passt nicht in Präambel. Wird an entsprechender Stelle behandelt.
<b>Zeile 114 - Antragsteller: Albert Duin (LV Bayern) für den Landesverband Bayern</b>			
4	Füge ein nach Verwaltung	, fehlender Wettbewerb	Übernommen
<b>Zeile 117 bis 130 - Antragsteller: Dagmar Weiner (LV Hessen)</b>			
5	Streichung Wir freien Demokraten....reformiert werden		Abstimmung mit Beratung zusammen mit 6,7 und 8
<b>Zeile 122 - Antragsteller: Thomas L. Kemmerich (LV Thüringen), Dr. Thomas Nitzsche (LV Thüringen), Robert-Martin Montag (LV Thüringen), Tim Wagner (LV Thüringen), Jan Siegemund (LV Thüringen), Patrick Frisch (LV Thüringen) für den Landesverband Thüringen und die Bundesvereinigung der Jungen Liberalen</b>			
6	Füge ein nach Aufgabe werden.	Um auch eine finanzielle Unterstützung durch den Bund zu ermöglichen, soll das Grundgesetz dahingehend geändert	Abstimmung mit Beratung zusammen mit 5,7 und 8

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		werden, dass aus dem Kooperationsverbot ein Kooperationsgebot wird.	
<b>Zeile 130 - Antragsteller: Dr. Lasse Becker (LV Hessen)</b>			
7	Füge ein nach werden.	Im Zuge dieser Reform ist Sorge zu tragen, dass es klare Zuständigkeiten in der Bildungspolitik gibt, um das Niveau an Bildungsausgaben dauerhaft insgesamt zu erhöhen.	Abstimmung mit Beratung zusammen mit 5,6 und 8
<b>Zeile 130 - Antragsteller: Thorsten Baumgart (LV Nordrhein-Westfalen)</b>			
8	Füge ein nach reformiert werden.	Wir fordern eine Aufhebung des Kooperationsverbots. Die Bund als finanziell leistungsfähigste Ebene des Landes muss sich stärker und zielgerichteter in die Finanzierung unseres Bildungssystems einbringen können.	Abstimmung mit Beratung zusammen mit 5,6 und 7
<b>Zeile 145 - Antragsteller: Christian Grascha (LV Niedersachsen) für den Landesverband Niedersachsen</b>			
9	Füge ein nach Lehrer-Schüler-Relation.	<p><b>Unterrichtsgarantie für Schüler</b></p> <p>Wir Freie Demokraten fordern eine Unterrichtsgarantie für unsere Schülerinnen und Schüler. Überall in Deutschland fallen hunderte Schulstunden aus. Aber nur dann, wenn der Unterricht auch stattfindet, können unsere Schülerinnen und Schüler weltbeste Bildung erhalten. Daher setzen wir uns für eine Unterrichtsgarantie ein, die sicherstellt, dass bei besonderen Engpässen das notwendige Personal vorhanden ist, um fachgerechten Unterricht zu gewährleisten. Damit sich das Lehrpersonal auch auf den</p>	Übernommen

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		Unterricht konzentrieren kann, muss außerdem die überbordende Bürokratie an Schulen eingeschränkt werden.	
<b>Zeile 145 - Antragsteller: Konstantin Kuhle (LV Niedersachsen) für den Bundesvorstand der Jungen Liberalen, Johannes Vogel (LV Nordrhein-Westfalen) für den Landesverband Nordrhein-Westfalen</b>			
10	Füge ein nach Lehrer-Schüler-Relation	Um es Eltern und Schülern leichter zu machen, die für sie passende Schule zu finden, wollen wir eine transparente Evaluation der einzelnen Schulen und Lehrer ermöglichen und dabei eng mit Eltern und Schülern zusammenarbeiten. Die Ergebnisse der Qualitätsanalyse und der Lernstandserhebungen sollen anschließend durch die Schulen im Internet veröffentlicht werden.	Übernommen
<b>Zeile 179 - Antragsteller: Dr. Tim Stuchtey (LV Berlin)</b>			
11	Füge ein nach erlauben	und im Erfolgsfall diese auch ausbauen.	Übernommen
<b>Zeile 182 bis 190 - Antragsteller: Albert Duin (LV Bayern) für den Landesverband Bayern</b>			
12	Streichung von "Die Qualität des Studiums" ... bis "Studierende in ganz Deutschland."		Abstimmung mit Beratung
<b>Zeile 185 bis 187 - Antragsteller: Henner Schmidt (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b>			
13	Ersetzung	In diesen Fonds zahlt jedes Land nach der Anzahl seiner	Abstimmung ohne Beratung

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
	von " In diesen Fonds zahlt" ... bis "der Bevölkerungszahl."	Studienberechtigten ein	
<b>Zeile 220 - Antragsteller: Dr. Martin Dickopp (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b>			
14	Füge ein nach hinterfragen.	Ebenso müssen sie den verantwortlichen Umgang mit eigenen und fremden persönlichen Daten sowie Sensibilität für die Gefahren im digitalen Raum lernen.	Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 233 - Antragsteller: Konstantin Kuhle (LV Niedersachsen) für den Bundesvorstand der Jungen Liberalen und Johannes Vogel (LV Nordrhein-Westfalen) für den Landesverband Nordrhein-Westfalen</b>			
15	Füge ein nach gelernt wird.	Wir unterstützen daher auch innovative Bildungsplattformen nach dem Vorbild der „Open University“, zu der jeder Bürger, unabhängig seines formellen Bildungsgrades, Zugang bekommen soll. Deren Bildungsinhalte sollen in Form von „Massive Open Online Courses“ (MOOCs) online zur Verfügung gestellt werden. Ein standardisiertes Bewertungs- und Zertifizierungssystem soll die Anerkennung dieser Kurse durch Arbeitgeber ermöglichen. Wir wollen außerdem prüfen, inwiefern online im Rahmen eines MOOCs erworbene Zertifikate als Studienleistung anerkannt werden können.	Übernommen
<b>Zeile 256 - Antragsteller: Heike Schaumann (LV Nordrhein-Westfalen) für die Bundesvereinigung Liberale Frauen</b>			
16	Füge ein nach Quereinsteigern geben.	Eine regelmäßige Fortbildung für Lehrkräfte soll verpflichtend sein, um den akademischen Anspruch in der Ausbildung erhalten zu können. Berufsschullehrer sollten	Übernommen in Zeile 252 in veränderter Form: „Eine regelmäßige Fortbildung für Lehrkräfte soll verpflichtend sein.“

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		zusätzlich alle 5 Jahre raus aus der Schule und die Lebenswirklichkeit in Unternehmen erfahren. Das kann zu größerer Glaubwürdigkeit und Authentizität gegenüber den Schülern, die sie ausbilden, führen.	
<b>Zeile 263 bis 263 - Antragsteller: Dr. Julia Frank (LV Baden-Württemberg) für den Kreisverband Ostalb</b>			
17	Ersetzung Kita-Personal	Kita- und Kindergarten-Personal	Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 265 bis 266 - Antragsteller: Dr. Julia Frank (LV Baden-Württemberg) für den Kreisverband Ostalb</b>			
18	Streichung von "Kitas sollen unsere Kinder" ... bis "satt" ist zu anspruchslos."		Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 265 bis 265 - Antragsteller: Dr. Julia Frank (LV Baden-Württemberg) für den Kreisverband Ostalb</b>			
19	Ersetzung Kita-Personals	Kita- und Kindergarten-Personals	Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 271 - Antragsteller: Dr. Julia Frank (LV Baden-Württemberg) für den Kreisverband Ostalb</b>			
20	Füge ein nach bezahlt werden.	Um unseren Kindern Vorbilder in Vielfalt zu geben, legen wir ein Programm zur Gewinnung von männlichen Erziehern für die frühkindliche Bildung auf.	Abstimmung mit Beratung

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
<b>Zeile 279 bis 281 - Antragsteller: Henner Schmidt (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b>			
21	Ersetzung von "Alle Kinder mit Sprachdefiziten" ... bis "deutschen Sprache erhalten."	Alle Kinder mit Sprachdefiziten müssen noch vor der Einschulung die Möglichkeit erhalten, Sprachdefizite zu überwinden und ein für die Schule angemessenes Sprachniveau der deutschen Sprache zu erreichen	Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 281 - Antragsteller: Christian Grascha (LV Niedersachsen) für den Landesverband Niedersachsen</b>			
22	Füge ein nach Schulleben möglich.	<p><b>Vermittlung der Grundfertigkeiten Lesen, Schreiben und Rechnen in der Grundschule</b></p> <p>Wir Freie Demokraten fordern die Vermittlung der Grundfertigkeiten Lesen, Schreiben und Rechnen in den Grundschulen. Wir haben den Anspruch an die weltbeste Bildung, dass jedes Kind Lesen, Schreiben und Rechnen kann. Dazu gehört ein verstärktes Kopfrechnen ebenso wie die Abschaffung des Konzeptes „Schreiben wie man spricht“. Wir fordern eine korrekte Rechtschreibung bereits zu Beginn des Lernprozesses und das Erlernen einer klar lesbaren Schreibschrift.</p>	Übernommen
<b>Zeile 282 - Antragsteller: Dagmar Weiner (LV Hessen)</b>			
23	Füge ein nach ..möglich. Inklusion mit Förderschulen	<p><b>Förderung von Leistung und Lernen</b></p> <p>Wir Freien Demokraten setzen uns für eine neue Schul- und Lernkultur ein. Unsere Kinder haben ein Recht darauf, Wissen vermittelt zu bekommen und zu lernen, dass</p>	Übernommen

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		Leistung und Lernen sich lohnen. Lernen und gute Noten können sogar Spaß machen, wenn individuell gefördert wird und klar ist, dass Prüfungen keine Verurteilung, sondern ein Überprüfen des Wissens sind.	
<b>Zeile 282 - Antragsteller: Helge Ziegler (LV Bayern)</b>			
24	Füge ein nach Sprachförderung vor der Einschulung	Zur Bildung gehört auch das Erlernen vom Fremdsprachen. Kindersendungen sollen alternativ in der Originalsprache ausgestrahlt werden, sofern diese englisch, französisch oder spanisch sind.	Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 283 bis 298 - Antragsteller: Christoph Dammermann (LV Nordrhein-Westfalen), Guido Müller (LV Nordrhein-Westfalen), Christoph Jauch (LV Nordrhein-Westfalen), Alexander Müller (LV Hessen) und Frank Schäffler (LV Nordrhein-Westfalen)</b>			
25	Ersetzung von "Inklusion mit Förderschulen Wir" ... bis "und der Fachverbände."	<p>Weltbeste Bildung auch für Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf</p> <p>Der Anspruch auf weltbeste Bildung gilt nicht nur für die Leistungsstarken. Auch Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf oder Einschränkungen müssen vom Bildungssystem die bestmögliche Bildung und Förderung erhalten.</p> <p>In diesem Sinne ist aus unserer Sicht auch die UNO-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderungen zu verstehen: Das Wohl des Kindes muss im Mittelpunkt stehen und nicht allgemeine gesellschaftliche</p>	Abstimmung mit Beratung

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		<p>Vorgaben. Auf das einzelne Kind kommt es an.</p> <p>Die Schließung von Förderschulen, in denen Kinder passend zu ihrem Bedarf gefördert werden konnten, ist ein Fehler, der meist nicht dem Kindeswohl dient und oft auch gegen den Elternwillen vorgenommen wird.</p> <p>Das Ziel, Kinder mit Förderbedarf weitgehend in Regelschulen zu integrieren, ist richtig und wird seit Jahrzehnten in Deutschland verfolgt. Das radikale Verständnis einer kompromisslosen ‚Inklusion‘, wie es vielfach gefordert und betrieben wird, nimmt aber weder auf den Förderbedarf des einzelnen, noch auf die Integrationsfähigkeit von Regelklassen Rücksicht.</p> <p>Gemeinsamer Unterricht soll bestmögliche Förderung aller Schülerinnen und Schüler ermöglichen und darf nicht zur Aufbewahrung behinderter Kinder herabgewürdigt werden. Wir fordern daher für eine bestmögliche Gestaltung des gemeinsamen Unterrichts verbindliche Basisstandards. Kann diesen Basisstandards an Schulen z.B. durch fehlendes Fachpersonal oder mangelnde Ausstattung an den jeweiligen Schulen nicht entsprochen werden, dürfen an diesen Schulstandorten keine inklusiven Lerngruppen gebildet werden.</p>	
<b>Zeile 294 bis 294 - Antragsteller: Dr. Julia Frank (LV Baden-Württemberg) für den Kreisverband Ostalb</b>			
26	Streichung		Erledigt durch Übernahme aus V2 15

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
	Integration und		
<b>Zeile 295 bis 296 - Antragsteller: Henner Schmidt (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b>			
27	Streichung von "(Menschen mit körperlicher" ... bis "Migrationshintergrund)"		Erledigt durch Übernahme aus V2 15
<b>Zeile 296 bis 296 - Antragsteller: Dr. Julia Frank (LV Baden-Württemberg) für den Kreisverband Ostalb</b>			
28	Streichung und Menschen mit Migrationshintergrund		Erledigt durch Übernahme aus V2 15
<b>Zeile 297 - Antragsteller: Dr. Julia Frank (LV Baden-Württemberg) für den Kreisverband Ostalb</b>			
29	Füge ein nach finden lassen.	Hierbei ist für jedes Kind das letzte Jahr vor dem Schuleintritt für die Eltern vollständig kostenfrei.	Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 301 bis 301 - Antragsteller: Christoph Dammermann (LV Nordrhein-Westfalen), Alexander Müller (LV Hessen) und Christoph Jauch (LV Nordrhein-Westfalen)</b>			
30	Streichung volljährige Schüler, Auszubildende und		Abstimmung mit Beratung zusammen mit 31
<b>Zeile 304 bis 304 - Antragsteller: Christoph Dammermann (LV Nordrhein-Westfalen), Alexander Müller (LV Hessen) und Christoph Jauch (LV Nordrhein-Westfalen)</b>			
31	Streichung		Abstimmung mit Beratung zusammen mit 30

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
Schüler, Auszubildende und			
<b>Zeile 308 bis 310 - Antragsteller: Christoph Dammermann (LV Nordrhein-Westfalen), Alexander Müller (LV Hessen) und Christoph Jauch (LV Nordrhein-Westfalen)</b>			
32	Ersetzung von "Die Refinanzierung des" ... bis "Azubis und Studierenden."	Bei Studierenden, die sich für diesen Zuschuss entscheiden, entfällt das Kindergeld und alle kindbezogenen Freibeträge und Zuschüsse.	Abstimmung mit Beratung
<b>Zeile 313 bis 313 - Antragsteller: Albert Duin (LV Bayern) für den Landesverband Bayern</b>			
33	Ersetzung 15	10	Abstimmung ohne Beratung zusammen mit 34
<b>Zeile 315 bis 315 - Antragsteller: Albert Duin (LV Bayern) für den Landesverband Bayern</b>			
34	Ersetzung 15	10	Abstimmung ohne Beratung zusammen mit 33
<b>Zeile 322 - Antragsteller: Konstantin Kuhle (LV Niedersachsen) für den Bundesvorstand der Jungen Liberalen und Dr. Heiner Garg (LV Schleswig-Holstein)</b>			
35	Füge ein nach ausbauen.	Damit Schulabgänger sich besser und frühzeitiger auf ihren Lebensweg nach dem Schulabschluss vorbereiten können, soll an allen Schulen die Studien- und Berufsberatung intensiviert und durch zentrale Informations-Messen ergänzt werden.	Übernommen
<b>Zeile 323 bis 330 - Antragsteller: Thomas L. Kemmerich (LV Thüringen), Dr. Thomas Nitzsche (LV Thüringen), Robert-Martin Montag (LV</b>			

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
<b>Thüringen), Tim Wagner (LV Thüringen), Jan Siegemund (LV Thüringen), Patrick Frisch (LV Thüringen) für den Landesverband Thüringen</b>			
36	Streichung von "Bildungssparen Wir Freie" ... bis "von klein auf absichern."		Abstimmung mit Beratung
<b>Zeile 336 bis 342 - Antragsteller: Albert Duin (LV Bayern) für den Landesverband Bayern</b>			
37	Ersetzung von "Wir Freie Demokraten fordern" ... bis "unklar oder nur kurz ist."	Bildung ist der wichtigste Grundstein zur Integration. Deshalb fordern wir ein sofortiges Teilnahmerecht am Unterricht Freien Demokraten eine sofortige Schulpflicht für alle Flüchtlinge in ganz Deutschland, auch wenn die Aufenthaltsdauer unklar oder nur kurz ist.	Abstimmung mit Beratung
<b>Zeile 352 - Antragsteller: Dr. Martin Dickopp (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b>			
38	Füge ein nach unterstützen	, auch um den Schülerinnen und Schülern ein Bild von der Vielfalt technischer und mathematischer Berufe zu vermitteln.	Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 426 - Antragsteller: Konstantin Kuhle (LV Niedersachsen) für den Bundesvorstand der Jungen Liberalen</b>			
39	Füge ein nach Programme.	Außerdem wollen wir eine Bildungsfreizügigkeit als neue Grundfreiheit einführen, um es jungen Menschen zu erleichtern, ihre Ausbildung in anderen Ländern der EU zu absolvieren. Hierfür muss ergänzend zu der im Zuge der Bologna-Reform realisierten Bildungsmobilität für Studierende auch ein europäischer Berufsausbildungsmarkt durch die Vernetzung der nationalen Arbeitsagenturen	Abstimmung mit Beratung

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		etabliert werden.	
<b>Zeile 448 bis 449 - Antragsteller: Dr. Martin Dickopp (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b>			
40	Streichung sofern keine Rechte Dritter verletzt werden		Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 451 bis 451 - Antragsteller: Dr. Martin Dickopp (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b>			
41	Ersetzung Studierenden	Lehrenden und Studierenden	Übernommen
<b>Zeile 457 bis 461 - Antragsteller: Dr. Tina Pannes (LV Nordrhein-Westfalen)</b>			
42	Streichung von "und Generationen von ehemaligen Studierenden" ... bis "Berufsaussichten haben."		Übernommen in veränderter Form: Streiche Zeile 459 ..."Die Hochschulen..." bis Zeile 461 ..."Berufsaussichten haben"...
<b>Zeile 457 - Antragsteller: Dr. Tina Pannes (LV Nordrhein-Westfalen)</b>			
43	Füge ein nach erhoben werden	und einkommensabhängig	Übernommen in veränderter Form: „erhoben und einkommensabhängig gezahlt werden, sodass..."
<b>Zeile 493 - Antragsteller: Michael Kauch (LV Nordrhein-Westfalen) für den Bundesfachausschuss Arbeit und Soziales</b>			
44	Füge ein nach erreichen kann.	Eröffnen wir faire Chancen, damit alle entsprechend ihrer	Übernommen

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		Möglichkeiten ihr Bestes geben können.	
<b>Zeile 502 - Antragsteller: Thorsten Baumgart (LV Nordrhein-Westfalen)</b>			
45	Füge ein nach wirtschaftliches Grundwissen	durch die flächendeckende Einführung eines Schulfachs „Wirtschaft“	Abstimmung mit Beratung
<b>Zeile 507 bis 508 - Antragsteller: Henner Schmidt (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b>			
46	Ersetzung an einem einzigen Werktag und online möglich ist.	an einem einzigen Werktag, online <b>und für Standardfälle ohne notarielles Tätigwerden</b> möglich ist.	Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 511 - Antragsteller: Dr. Martin Dickopp (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b>			
47	Füge ein nach schaffen.	Die Pflichtmitgliedschaft in der Industrie- und Handelskammer bzw. Handwerkskammer wollen wir für das erste Jahr nach Gründung durch eine freiwillige Mitgliedschaft ersetzen.	Abstimmung mit Beratung
<b>Zeile 521 - Antragsteller: Dagmar Weiner (LV Hessen)</b>			
48	Füge ein nach Wirtschaft und Gesellschaft.	<b>Einsatz für Industrie und Arbeitsplätze</b>  <b>Die Grundlage für die auch in schwierigen Zeiten doch substanzielle wirtschaftliche Solidität Deutschlands ist die deutsche Industrie, die in großen und kleinen Unternehmen durch Forschung, Entwicklung, Anwendungstechnik und Produktion im</b>	Abstimmung ohne Beratung

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		<p><b>Marktwettbewerb unser Land voranbringt und zehntausende von Arbeitsplätzen stellt. Wir Freie Demokraten wollen Industrie und Handel stärken und wertvolle Arbeitsplätze und kostbares Know-how für unsere Gesellschaft erhalten.</b></p>	
<p><b>Zeile 521 - Antragsteller: Konstantin Kuhle (LV Niedersachsen) für den Bundesvorstand der Jungen Liberalen und Dr. Heiner Garg (LV Schleswig-Holstein)</b></p>			
49	<p>Füge ein nach Wirtschaft und Gesellschaft.</p>	<p><b>„BAföG für Gründer“ schaffen</b> Wir Freie Demokraten wollen uns dafür einsetzen, ein „BAföG für Gründer“ zu schaffen. Im Rahmen dessen können Ausbildungs- und Studiengänge für die Arbeit am eigenen Geschäftsmodell unterbrochen werden, ohne dass sich dies negativ auf den Abschluss auswirkt. Die praktische Arbeit als Gründer kann dann als Qualifikation auf den Ausbildungs- oder Studiengang angerechnet werden. Bestehende staatlich finanzierte Förderinitiativen für Gründer sollen regional zentralisiert werden und nötigenfalls neu geschaffen werden. In regionalen Gründerzentren können Gründer sich über Finanzierungsmodelle und Unterstützungsprogramme informieren und Netzwerke mit anderen Gründern, Mentoren und potenziellen Investoren knüpfen. Für besonders aussichtsreiche Gründungen sollen Arbeitsplätze und Infrastruktur für einen begrenzten Zeitraum zur Verfügung gestellt werden.</p>	<p>Abstimmung mit Beratung</p>
<p><b>Zeile 538 - Antragsteller: Andreas Keck (LV Bayern) für die Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand, Landesfachausschuss Wirtschaft Bayern und Bundesvereinigung Junge Liberale</b></p>			

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
50	Füge ein nach trennen	, ein Ende der (steuerlichen) Diskriminierung von Eigenkapital gegenüber Fremdkapital, die steuerliche Anrechenbarkeit von Investitionen in Unternehmen, eine Vereinheitlichung der gesetzlichen Rahmenbedingungen mindestens innerhalb der EU, keine Einschränkungen bei Verlustvorträgen, Zulassung einer Buchführung nach dem international standardisierten IFRS Regelwerk, die Bilanzierbarkeit von Investitionen in eigene Intellectual Property	Abstimmung mit Beratung
<b>Zeile 540 - Antragsteller: Konstantin Kuhle (LV Niedersachsen) für den Bundesvorstand der Jungen Liberalen, Thomas Kemmerich (LV Thüringen) für die Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand und Landesverband Bayern</b>			
51	Füge ein nach werden kann.	Aber auch institutionellen Anlegern soll es erleichtert werden, mit Wagniskapital in Start-Ups zu investieren: Pensionskassen, Versorgungskassen und Versicherungen in Deutschland wollen wir daher die Finanzierung von Start-Ups nach dem Vorbild des „Zukunftsfonds Schweiz“ ermöglichen. Durch entsprechende Risikobündelung kann Venture Capital an zukunftssträchtige, junge und innovative Unternehmen gegeben werden, die für einzelne Fonds zu riskant wären.	Abstimmung mit Beratung
<b>Zeile 550 - Antragsteller: Florian Rentsch (LV Hessen) für den Bundesfachausschuss Wirtschaft und Energie</b>			
52	Füge ein nach attraktiver werden.	, ohne den Investorenschutz zu vernachlässigen.	Übernommen

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
<b>Zeile 557 - Antragsteller: Dr. Tina Pannes (LV Nordrhein-Westfalen)</b>			
53	Füge ein nach passenden Rahmen,	der auch die sich neu stellenden Verantwortungsfragen regelt, vor allem aber	Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 563 bis 565 - Antragsteller: Henner Schmidt (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b>			
54	Streichung von "Künftig ist zudem jedem" ... bis "Personenbeförderungsschein zu erteilen."		Abstimmung mit Beratung
<b>Zeile 568 bis 569 - Antragsteller: Dr. Maren Jasper-Winter (LV Berlin) für den BV Friedrichshain-Kreuzberg</b>			
55	Ersetzung von "Dafür wollen wir Gesetze" ... bis "Vermietende gestellt werden."	Homesharing, also das wiederholte kurzzeitige vermieten der selber bewohnten Wohnung bei eigener Abwesenheit oder Teile davon bei eigener Anwesenheit, ist nicht gleichzusetzen mit professioneller Ferienwohnungsvermietung. Folglich sollten die bestehenden Regelungen überprüft und zugunsten von weniger Bürokratie und mehr Bürgernähe angepasst werden.	Übernommen
<b>Zeile 574 - Antragsteller: Konstantin Kuhle (LV Niedersachsen) für den Bundesvorstand der Jungen Liberalen, Johannes Vogel (LV Nordrhein-Westfalen) für den Landesverband Nordrhein-Westfalen und Thomas Kemmerich (LV Thüringen) für die Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand</b>			

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
56	Füge ein nach das beste Produkt.	<p><b>Öffnungszeiten flexibilisieren</b></p> <p>In unserer modernen, digitalisierten Lebensrealität erscheinen feste gesetzliche Öffnungszeiten antiquiert. Damit es nicht mehr nur Online-Anbietern, sondern auch traditionellen Ladengeschäften möglich wird, ihre Waren rund um die Uhr zu verkaufen, setzen wir uns für flexible Ladenöffnungszeiten ein: Jedes Geschäft soll demnach selbst entscheiden können, wann es öffnet und schließt. Das allgemeine Verkaufsverbot für den Einzelhandel an Sonntagen wollen wir aufheben. Wir wollen auch andere Verbote, wie Dienstleistungen an Sonn- und Feiertagen anzubieten, aufheben.</p>	Abstimmung mit Beratung
<b>Zeile 609 - Antragsteller: Dagmar Weiner (LV Hessen)</b>			
57	Füge ein nach Überschrift: Subventionsbremse für den Bundeshaushalt In der Folge dann auch Z. 610: für den Bundes- und EU-Haushalt	Subventionsbremse für den Bundes- <b>und EU-Haushalt.</b>	Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 613 bis 614 - Antragsteller: Henner Schmidt (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b>			
58	Streichung von "Dabei gilt der Grundsatz:" ... bis "wollen wir streichen."		Übernommen
<b>Zeile 614 bis 620 - Antragsteller: Andreas Keck (LV Bayern) für die Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand</b>			

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
59	Streichung von "Denn der Staat greift" ... bis "Steuerzahlerinnen und Steuerzahler."		Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 630 - Antragsteller: Andreas Keck (LV Bayern) für die Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand und den Landesfachausschuss Wirtschaft Bayern</b>			
60	Füge ein nach .	Zusätzliche Aufwendungen und Kosten für Bürokratie aus neuen Gesetzen und Verordnungen müssen zu 100% von der Steuerlast abziehbar sein.	Abstimmung mit Beratung
<b>Zeile 630 - Antragsteller: Andreas Keck (LV Bayern) für die Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand</b>			
61	Füge ein nach Ergänze einen Absatz Satz nach Zeile 630	Ein verbessertes Insolvenzrecht sollte den Fortbestand des Unternehmens zum Hauptziel haben. Die Regelungen sind so anzupassen, dass bei positiver Fortführungsprognose eine Weiterführung erfolgen kann und nicht durch vielfältige bürokratische Hemmnisse und Kosten behindert wird. Die Regeln für die Bonitätsbewertung müssen diesbezüglich angepasst werden. Insolvenz darf nicht zum Stigma werden, sondern soll als Erfahrung gewertet werden. Wir müssen eine Kultur der zweiten Chance möglich machen.	Abstimmung ohne Beratung (bereits Rechtslage)
<b>Zeile 630 - Antragsteller: Andreas Keck (LV Bayern), Klaus Breil (LV Bayern), Martin Zeil (LV Bayern) und und Michael von Baur (LV Mecklenburg-Vorpommern) für die Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand und den Landesverband Mecklenburg-Vorpommern</b>			
62	Füge ein nach Ergänze neuen Absatz nach Zeile	<b>Außenwirtschaftspolitik für den Mittelstand</b>	Übernommen

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
	630:	Wir Freie Demokraten haben verstanden, dass die globalen Verwerfungen gerade dem industriellen Mittelstand große Sorgen bereiten. Wir wollen kleine und mittlere Unternehmen deshalb in die Lage versetzen, schnell und unbürokratisch neue Märkte zu bedienen. Für die Absicherung von Aufträgen unter fünf Mio. Euro brauchen wir deshalb im Rahmen des Hermesbürgschaftsprogramms eine „Small Ticket“-Lösung. Wir fordern einen spürbaren Abbau von Außenwirtschaftsbürokratie, so dass bspw. bei der Exportkontrolle identische und zeitintensive Doppelprüfungen durch BAFA und Zoll wegfallen. Wir wollen die Erfahrungen der Industrie im jeweiligen Land bei der Verhandlung von Doppelbesteuerungsabkommen nutzen und sicherstellen, dass sich Auslandsaufträge durch eine aggressive Besteuerung im Ausland nicht immer öfter im Nachhinein zu Verlustgeschäften entwickeln und den Mittelstand auf Dauer abschrecken.	
<b>Zeile 630 - Antragsteller: Andreas Keck (LV Bayern) für die Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand und Bundesvereinigung Junge Liberale</b>			
63	Füge ein nach Ergänze neuen Absatz nach Zeile 630:	<p><b>Ladenschlussgesetz reformieren</b></p> <p>Es ist nicht zeitgemäß im Zeitalter des 24 Stunden geöffneten Internets Öffnungszeiten staatlich festzusetzen. Stattdessen sollen Unternehmen selber entscheiden wann sie ihr Unternehmen abgestimmt auf ihre Kunden öffnen.</p>	Erledigt durch 56
<b>Zeile 631 bis 647 - Antragsteller: Andreas Keck (LV Bayern) für die Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand</b>			

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
64	Streichung von "Landwirtschaft, die sich" ... bis "Demokratie stärken."		Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 647 - Antragsteller: Konstantin Kuhle (LV Niedersachsen) für den Bundesvorstand der Jungen Liberalen</b>			
65	Füge ein nach stärken.	Wir Freie Demokraten wollen internationale Wettbewerbsverzerrungen in der Landwirtschaft abbauen. Wir wollen Markthemmnisse abbauen und setzen uns daher für geringere Agrarsubventionen innerhalb der EU sowie für Handelsabkommen mit Drittstaaten mit dem Ziel ein, Importzölle zu senken.	Abstimmung mit Beratung
<b>Zeile 662 - Antragsteller: Nicola Beer (LV Hessen) für Programmkommission</b>			
66	Füge ein nach abbauen	werden, ohne darüber den Grundsatz der Vertragsfreiheit in Frage zu stellen.	Übernommen
<b>Zeile 676 - Antragsteller: Henner Schmidt (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b>			
67	Füge ein nach bringen.	und neuartige und attraktive Angebote für Kunden ermöglichen.	Übernommen
<b>Zeile 705 bis 707 - Antragsteller: Thomas Möhle (LV Niedersachsen) und Konrad Greilich (LV Hessen)</b>			
68	Streichung von "Komplexe Werke, deren" ... bis "Urheberrecht nicht möglich."		Abstimmung mit Beratung

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
<b>Zeile 713 bis 716 - Antragsteller: Thomas Möhle (LV Niedersachsen)</b>			
69	Ersetzung von "Wir Freie Demokraten setzen" ... bis "Schöpfungen zu beteiligen."	Wir Freie Demokraten erkennen auf der einen Seite an, wie technische Lösungen, über das "Ob" und "Wie" der Nutzung von Werken zu entscheiden, neue und interessante Geschäftsmodelle hervorgebracht haben, die die Mediennutzung in den letzten Jahren schon stark verändert haben. Gleichzeitig hat aber das gesetzliche Verbot zur Umgehung technischer Schutzmaßnahmen für Endanwender allerdings zu einer Reihe von negativen Auswirkungen mit sich gebracht. So sollte es beispielsweise im Zeitalter, in dem jeder von uns mit mehreren elektronischen Geräten ausgestattet ist und sich Datenformate alle paar Jahre ändern, nicht verboten sein, auch ein grundsätzlich geschütztes, aber rechtmäßig lizenziertes Werk auf anderen und vor allem neueren Geräten und Medien zu nutzen, als die für die es ursprünglich lizenziert wurde.	Abstimmung mit Beratung zusammen mit 70
<b>Zeile 713 bis 716 - Antragsteller: Dr. Martin Dickopp (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b>			
70	Streichung von "Wir Freie Demokraten setzen" ... bis "Schöpfungen zu beteiligen."		Abstimmung mit Beratung zusammen mit 69
<b>Zeile 719 - Antragsteller: Götz Galuba (LV Berlin) für den BV Friedrichshain-Kreuzberg</b>			
71	Füge ein nach	Ein möglichst ungehinderter Wissensfluss ist Grundvoraussetzung für gute Bildung, für ein produktives	Abstimmung mit Beratung

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
	der Rechteinhaber.	Wissenschaftssystem, für innovative Forschung und für einen effektiven Wissenstransfer. Als Freie Demokraten wollen wir daher einfach handhabbare, technologieoffene und zukunftsfähige Schrankenregelungen etwa im Bereich der Bildung und Wissenschaft oder der Bibliotheken und Archive. Wir halten dabei in Deutschland wie auch auf europäischer Ebene die Einführung einer Generalklausel für sinnvoll, wie sie im angelsächsischen Raum mit dem Begriff des „fair use“ gut etabliert ist. Dabei besteht natürlich auch im Bereich der durch die Schrankenregelung privilegierten Bereiche eine (ggf. pauschale) Vergütungspflicht).	
<b>Zeile 721 - Antragsteller: Dr. Martin Dickopp (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b>			
72	Füge ein nach zur	weltweiten	Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 726 - Antragsteller: Thomas Möhle (LV Niedersachsen)</b>			
73	Füge ein nach am Ende des Absatzes	Providerseitiges Deep-Packet-Inspection sehen wir daher nicht nur auf Grund des Fernmeldegeheimnisses, sondern auch mit Blick auf die Netzneutralität als kritisch an.	Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 726 bis 726 - Antragsteller: Thomas Möhle (LV Niedersachsen)</b>			
74	Ersetzung am Ende des Absatzes	Providerseitiges Deep-Packet-Inspection sehen wir daher nicht nur auf Grund des Fernmeldegeheimnisses für kritisch, sondern auch mit Blick auf die Netzneutralität als kritisch an.	Erledigt durch 73

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
<b>Zeile 726 - Antragsteller: Andreas Keck (LV Bayern) für die Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand</b>			
75	Füge ein nach abzusichern.	Ausnahmen sind nur zulässig für sicherheitsrelevante, kritische Daten. Diese dürfen priorisiert werden, ohne jedoch hierfür Zuschläge zu berechnen oder diese anderweitig zu einem Geschäftsmodell zu machen.	
<b>Zeile 736 bis 737 - Antragsteller: Dr. Guido Fischer (LV Nordrhein-Westfalen)</b>			
76	Streichung von "Laut ADAC standen 2015 die" ... bis "341.000 Stunden im Stau."		Übernommen in veränderter Form: „Im Jahr 2015 standen die Autofahrer in Deutschland über 340.000 Stunden im Stau.“
<b>Zeile 747 - Antragsteller: Sibylle Meister (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b>			
77	Füge ein nach teuer.	Wir fordern die Bundesregierung als Anteilseignerin auf, den BER zügig und ohne weitere Kostensteigerungen zu Ende zu bauen und sich für die Offenhaltung des Flughafens Berlin Tegel einzusetzen.	Zurückgezogen
<b>Zeile 748 - Antragsteller: Thorsten Baumgart (LV Nordrhein-Westfalen)</b>			
78	Füge ein nach Nutzung des Verbandsklagerechtes.	Sollte es zur Umsetzung der bereits von Bundestag und Bundesrat beschlossenen PKW-Maut kommen, setzen wir Freie Demokraten uns dafür ein, diese umgehend wieder abzuschaffen. Berechnungen und Prognosen zeigen, dass die PKW-Maut in keinem vertretbaren Kosten-Nutzen-Verhältnis steht. Im schlimmsten Fall übersteigen die Verwaltungskosten sogar die Einnahmen. Zudem ist die	Übernommen in veränderter Form: „Berechnungen und Prognosen zeigen, dass die von der GroKo beschlossene PKW-Maut in keinem vertretbaren Kosten-Nutzen-Verhältnis steht. Voraussichtlich übersteigen die Verwaltungskosten sogar die Einnahmen.“

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		Ankündigung, Deutsche Autofahrer durch eine Entlastung bei der KFZ-Steuer in Summe nicht mehr zu belasten, auf Dauer nicht zu realisieren und somit mehr als fraglich.	Deshalb lehnen wir die Pkw-Maut ab.
<b>Zeile 750 bis 764 - Antragsteller: Egon Harms (LV Niedersachsen) für den Kreisverband Ammerland</b>			
79	Ersetzung von "Trennung von Netz und" ... bis "des Bundeshaushaltes."	Die Netztrassen der Bahn sind mindestens 150 Jahre alt und liegen heute in dicht besiedelten Bereichen unserer gewachsenen Städte. Die gleichzeitige Nutzung des Netzes durch zunehmenden Personenverkehr am Tag und immer mehr ansteigendem Güterverkehr vor allem in der Nacht führt zu Überlastungen und zu Einschränkungen der Lebensqualität unserer Bürger durch Lärm und Staub: Inzwischen prozessieren fast 30.000 Mitglieder von Initiativen gegen die Bahn. Die Bahn will aber nur alte Strecken "ertüchtigen" und versucht die Bürger mit kleinen technischen Maßnahmen (Flüsterbremsen, Schutzwände) zu beruhigen. Güterverkehr muss auf Extra-Trassen außerhalb von Siedlungen und Städten geplant und geführt werden - Personenverkehr verbleibt hier für den Nah- und Fernverkehr. Für eine zukunftsfähige Netzplanung und effiziente Netznutzung wollen wir Freie Demokraten die Netzsparte der Deutschen Bahn AG unabhängig machen. Netz und Betrieb werden getrennt. Das Netz kann gleichberechtigt von mehreren Betreibern genutzt werden - das erhöht kundenorientierte Flexibilität. Momentan kann die Deutsche Bahn aber andere Wettbewerber benachteiligen, weil Mitbewerbern den Zugang zum Schienennetz zugunsten der	Abstimmung ohne Beratung

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		eigenen Transportunternehmen erschwert wird. Dies stellte die Monopolkommission in ihren Sondergutachten mehrmals fest - das wollen wir ändern. Dazu werden wir Netz und Betrieb bei der Deutschen Bahn auch eigentumsrechtlich trennen. Danach sollen die Betreibergesellschaften für Personen- und Gütertransport an die Börse gebracht werden, während die Infrastruktur- und Netzgesellschaft mehrheitlich im Eigentum des Bundes verbleibt. Gewinne der Infrastruktur- und Netzgesellschaften sollen wegen des großen Nachholbedarfs der Re-Investition bei der Bahn dienen.	
<b>Zeile 776 bis 777 - Antragsteller: Dr. Martin Dickopp (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b>			
80	Streichung von "Wir halten zivilrechtliche" ... bis "Klärungsbedarf im Strafrecht."		Übernommen
<b>Zeile 777 bis 778 - Antragsteller: Dr. Martin Dickopp (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b>			
81	Streichung von "Bemanntes autonomes" ... bis "bereits heute Realität."		Übernommen
<b>Zeile 778 - Antragsteller: Dr. Martin Dickopp (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b>			
82	Füge ein nach Rettungseinsatz	insbesondere	Übernommen

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
<b>Zeile 783 bis 786 - Antragsteller: Andreas Keck (LV Bayern) für die Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand</b>			
83	Streichung von "Ein generelles Tempolimit" ... bis "30 km/h) lehnen wir ab."		Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 802 bis 802 - Antragsteller: Michael Kauch (LV Nordrhein-Westfalen) für den Bundesfachausschuss Arbeit und Soziales</b>			
84	Ersetzung Dies betrifft auch digitale Angebote.	Dazu müssen die Programme der Stadtentwicklung für Barrierefreiheit effizient umgesetzt werden. Im öffentlichen Bereich ist Barrierefreiheit unerlässlich. Im privaten Bereich ist es im Blick auf viele Betroffene ausreichend, wenn ein Teil der geförderten Wohnungen barrierefrei, ein anderer barrierearm umgebaut wird. So kann bei begrenzten Mitteln ein größerer Effekt erreicht werden.	Als Einfügung übernommen
<b>Zeile 805 bis 811 - Antragsteller: Michael Kauch (LV Nordrhein-Westfalen) für den Bundesfachausschuss Arbeit und Soziales</b>			
85	Streichung von "Für uns Freie Demokraten" ... bis "mit Chancen für jeden."		Zurückgezogen
<b>Zeile 811 - Antragsteller: Andreas Keck (LV Bayern) für die Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand und Landesfachausschuss Wirtschaft Bayern</b>			
86	Füge ein nach jeden.	<b>Breitband heißt Gigabit.</b>  Wir freie Demokraten wollen, dass Deutschland Weltspitze bei der digitalen Infrastruktur wird. Deshalb bekennen wir	Abstimmung mit Beratung

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		uns zum Ziel der flächendeckenden Gigabitverkabelung und zur Verantwortung des Staates für den entsprechenden, schnellen Ausbau der Netze analog der Verantwortung bei Straßen, Strom, Wasser und Telefon.	
<b>Zeile 818 bis 818 - Antragsteller: Henner Schmidt (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b>			
87	Streichung von "Die Garantie für den Standort" ... bis "aufrechterhalten bleiben."		Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 827 - Antragsteller: Konstantin Kuhle (LV Niedersachsen) für den Bundesvorstand der Jungen Liberalen, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (LV Bayern) und Thomas Kemmerich (LV Thüringen) für die Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand</b>			
88	Füge ein nach investieren.	Traditionelle Telekommunikationsanwendungen wie Telefon und SMS haben gegenüber rein internetbasierten Anwendungen wie WhatsApp oder Skype bei Verbrauchern längst ausgedient. Die Anbieter von sogenanntem „over-the-top-content“ (OTT-Anbieter) werden bisher jedoch nicht als Telekommunikationsanbieter eingestuft, weil sie keine Letztkontrolle über die Signalübertragung der involvierten Netze haben. Wir fordern, dass OTT-Anbieter in gleichem Maße wie traditionelle Telekommunikationsanbieter verpflichtet sind Verbraucherrechte zu schützen, dies umfasst unter anderem die Verpflichtung zur Wahrung des Telekommunikationsgeheimnisses.	Übernommen in veränderter Form: „Anbieter von sogenannten over-the-top-content wie WhatsApp oder Skype sollen in gleichem Maße wie traditionelle Telekommunikationsanbieter verpflichtet werden Verbraucherrechte zu schützen, dies umfasst unter anderem die Verpflichtung zur Wahrung des Telekommunikationsgeheimnisses.
<b>Zeile 833 - Antragsteller: Christian Grascha (LV Niedersachsen) für den Landesverband Niedersachsen</b>			

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
89	Füge ein nach zugänglich machen.	Hierzu zählt ausdrücklich auch der Schutz von Minderheiten- und Regionalsprachen nach der EU-Sprachencharta.	Übernommen
<b>Zeile 850 bis 851 - Antragsteller: Konstantin Kuhle (LV Niedersachsen) für den Bundesvorstand der Jungen Liberalen und Thomas Kemmerich (LV Thüringen) für die Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand</b>			
90	Streichung von "Für den Ankauf wichtiger" ... bis "Ankaufsfonds einzurichten."		Abstimmung mit Beratung
<b>Zeile 943 bis 952 - Antragsteller: Andreas Keck (LV Bayern) für die Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand</b>			
91	Streichung von "Wünschenswerte Verbesserungen" ... bis "letztlich nur erschwert."		Abstimmung mit Beratung zusammen mit 92
<b>Zeile 944 bis 947 - Antragsteller: Jens Brandenburg (LV Baden-Württemberg) und Christopher Gohl (LV Baden-Württemberg) für die Kommission Freiheit und Ethik</b>			
92	Ersetzung von "Starre ordnungsrechtliche" ... bis "somit den Strukturwandel."	Anspruch und Maßgaben des Tierschutzgesetzes dürfen in den Verordnungen nicht verwässert werden.	Abstimmung mit Beratung zusammen mit 91
<b>Zeile 945 bis 945 - Antragsteller: Dr. Tina Pannes (LV Nordrhein-Westfalen)</b>			
93	Streichung oder zu ehrgeizige Tierwohl-Zertifizierungen		Abstimmung ohne Beratung

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
<b>Zeile 949 bis 952 - Antragsteller: Henner Schmidt (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b>			
94	Streichung von "Modelle wie Positiv- und" ... bis "letztlich nur erschwert."		Abstimmung mit Beratung
<b>Zeile 952 - Antragsteller: Thomas L. Kemmerich (LV Thüringen), Dr. Thomas Nitzsche (LV Thüringen), Robert-Martin Montag (LV Thüringen), Tim Wagner (LV Thüringen), Jan Siegemund (LV Thüringen), Patrick Frisch (LV Thüringen) für den Landesverband Thüringen</b>			
95	Füge ein nach nur erschwert.	Nach der Ablehnung eines europäischen Kormoranmanagements, ist für die Bestandsregulierung des hochmobilen Jägers eine bundesweit einheitliche Verordnung notwendig. In ganz Europa haben die Kormoranbestände eine nie bekannte Größe erreicht. In Deutschland erhöhte sich die Anzahl der Vögel seit 1970, laut DAFV, um das 22-fache von rund 5.500 auf über 120.000. Dieser Erfolg des Vogelschutzes hat einen hohen Preis: Sich durch Gewässerschutzmaßnahmen ebenfalls erholende Fischbestände sind durch den steigenden Kormoranfraßdruck dramatisch zusammengebrochen. Die Kormoranschäden in den Satzfischbeständen von Teichwirtschaften gefährden deren wirtschaftliche Existenz und damit den Fortbestand der auch ökologisch extrem wertvollen Teichgebiete. Wiederansiedlungsprojekte für Meerforelle und Lachs oder Bestandsstützungsprogramme für den Europäischen Aal leiden massiv unter dem Kormoran. Jüngste Untersuchungen zeigen zudem, dass der enorme Fraßdruck der Kormorane die Zusammensetzung von Fischbeständen nachhaltig verändert und sich in der	Abstimmung ohne Beratung

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		Folge der ökologische Zustand von Fließgewässern dramatisch verschlechtert. Wir Freie Demokraten wollen mit der Aufnahme eines bundesweiten Kormoranmanagements, das einem Eingriff in die Brutgebiete einschließt, endlich die Voraussetzung für die überfällige Regulierung der Kormoranbestände schaffen.	
<b>Zeile 959 - Antragsteller: Frank Schäffler (LV Nordrhein-Westfalen)</b>			
96	Füge ein nach flexibel!	Die Hofabgabeverpflichtung ("Hofabgabeklausel") wird zum nächsten möglichen Zeitpunkt abgeschafft. Sie ist nicht mehr zeitgemäß und widerspricht der freien Entscheidung über das Eigentum und der unternehmerischen Selbstbestimmung.	Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 959 - Antragsteller: Frank Schäffler (LV Nordrhein-Westfalen)</b>			
97	Füge ein nach wir flexibel!	„Die Hofabgabeverpflichtung („Hofabgabeklausel“) wird zum nächsten möglichen Zeitpunkt abgeschafft. Sie ist nicht mehr zeitgemäß und widerspricht der freien Entscheidung über das Eigentum und der unternehmerischen Selbstbestimmung.“	Erledigt durch 96
<b>Zeile 972 - Antragsteller: Jörg Weisse (LV Nordrhein-Westfalen)</b>			
98	Füge ein nach Voraussetzung	für den früheren Renteneintritt	Übernommen
<b>Zeile 975 - Antragsteller: Ralf Klapdor (LV Nordrhein-Westfalen)</b>			

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
99	Füge ein nach abgesichert ist.	Weitere Voraussetzung muss sein, dass die länger arbeitenden Älteren bei der Rentenbesteuerung nicht durch die Erhöhung des zu versteuernden Rentenanteils "bestraft" werden.	Übernommen in veränderter Form: „In der Folge muss sichergestellt werden, dass die länger arbeitenden Älteren bei der Rentenbesteuerung nicht durch die Erhöhung des zu versteuernden Rentenanteils "bestraft" werden.
<b>Zeile 975 - Antragsteller: Michael Kauch (LV Nordrhein-Westfalen) für den Bundesfachausschuss Arbeit und Soziales</b>			
100	Füge ein nach abgesichert ist.	Die Grundlagen für die gesetzliche Rente müssen im Osten und Westen unseres Landes gleich sein.	Übernommen
<b>Zeile 976 bis 980 - Antragsteller: Ralf Klapdor (LV Nordrhein-Westfalen)</b>			
101	Ersetzung von "Die Höhe der Rente berechnet" ... bis "nachfolgenden Generationen auf. "	Die Höhe der Rente soll sich auch nach der durchschnittlichen Lebenserwartung der jeweiligen Rentenbezieher richten und kann sich über die Jahre verändern. Dieser jahrgangsindividuelle Faktor sorgt für eine solide Finanzierung und einen fairen Ausgleich zwischen den Generationen. Damit trägt jede "Rentner-Generation" zu ihren eigenen Kosten bei und bürdet sie nicht allein den nachfolgenden Generationen auf.	Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 980 - Antragsteller: Michael Kauch (LV Nordrhein-Westfalen) für den Bundesfachausschuss Arbeit und Soziales und Bundesvereinigung Junge Liberale</b>			
102	Füge ein nach Generationen auf.	Politische Eingriffe in die langfristige Rentenformel lehnen wir ab. Dazu gehört auch eine sogenannte Rentengarantie.	Übernommen

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
<b>Zeile 981 bis 981 - Antragsteller: Michael Kauch (LV Nordrhein-Westfalen) für den Bundesfachausschuss Arbeit und Soziales</b>			
103	Streichung von "Zudem setzen wir uns für" ... bis "Erwerbsminderungsrenten ein."		Übernommen
<b>Zeile 989 - Antragsteller: Michael Kauch (LV Nordrhein-Westfalen) für den Bundesfachausschuss Arbeit und Soziales</b>			
104	Füge ein nach erübrigen sich.	Unabhängig davon setzen wir uns für eine Stärkung der Erwerbsminderungsrenten ein. Die aktuellen Änderungen der Bundesregierung sind keine wirksame Lösung. Denn wer nach Jahren der Beitragszahlung durch einen Schicksalsschlag erwerbsunfähig wird, darf nicht zum Sozialfall werden.	Übernommen
<b>Zeile 1002 - Antragsteller: Konstantin Kuhle (LV Niedersachsen) für den Bundesvorstand der Jungen Liberalen und Thomas Kemmerich (LV Thüringen) für die Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand</b>			
105	Füge ein nach Produkte.	oder, indem den Arbeitnehmern ein Teil des Arbeitgeberanteils zur gesetzlichen Rentenversicherung zweckgebunden zur Verfügung gestellt wird, den diese in eine frei wählbare private Vorsorge investieren müssen.	Abstimmung mit Beratung
<b>Zeile 1016 - Antragsteller: Michael Kauch (LV Nordrhein-Westfalen) für den Bundesfachausschuss Arbeit und Soziales</b>			
106	Füge ein nach Verfügung stehen.	Wir Freie Demokraten wollen die berufsständischen Versorgungswerke und die Möglichkeit zur Gründung	Übernommen

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		weiterer Versorgungswerke dauerhaft erhalten.	
<b>Zeile 1016 - Antragsteller: Michael Kauch (LV Nordrhein-Westfalen) für den Bundesfachausschuss Arbeit und Soziales</b>			
107	Füge ein nach Verfügung stehen.	Zunehmend sind ehemalige Selbständige auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen, für die die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler aufkommen müssen. Um dieser Gefahr vorzubeugen, sollen Selbständige künftig für eine Basisabsicherung im Alter vorsorgen. Dies soll zu einer Absicherung oberhalb des Grundsicherungsniveaus führen. Alle Selbständigen, die nicht Pflichtmitglied in einem berufsspezifischen Alterssicherungssystem sind, sollen dabei die Freiheit haben, ihre Vorsorgeform selbst zu wählen. Zusätzlich zu dieser Wahlfreiheit wollen wir weitreichende Übergangsvorschriften und Karenzzeiten für Gründer schaffen.	Übernommen in veränderter Form: „Zunehmend sind ehemalige Selbständige auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen, für die die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler aufkommen müssen. Um dieser Gefahr vorzubeugen, sollen Selbständige künftig für eine Basisabsicherung im Alter vorsorgen. Dies soll zu einer Absicherung oberhalb des Grundsicherungsniveaus führen. Alle Selbständigen, die nicht Pflichtmitglied in einem berufsspezifischen Alterssicherungssystem sind, sollen dabei die Freiheit haben, ihre Vorsorgeform selbst zu wählen. Zusätzlich zu dieser Wahlfreiheit wollen wir weitreichende Übergangsvorschriften und Karenzzeiten <b>bei jeder Gründung</b> Gründer schaffen.“
<b>Zeile 1016 - Antragsteller: Andreas Keck (LV Bayern) für die Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand</b>			
108	Füge ein nach stehen.	<b>Pfändungssichere Altersvorsorge</b>  Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass Vermögen, welches der Einkommensvorsorge für das Alter dient, pfändungssicher ist.	Abstimmung mit Beratung

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
<b>Zeile 1039 bis 1041 - Antragsteller: Jörg Weisse (LV Nordrhein-Westfalen)</b>			
109	Ersetzung von "Die Auszahlung von Vorsorgeverträgen" ... bis "Doppelbelastung darstellt. "	Die Auszahlung von Leistungen der betrieblichen - wie im Übrigen auch der privaten - Altersvorsorge darf in der Kranken- und Pflegeversicherung nicht doppelt beitragspflichtig sein.	Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 1039 - Antragsteller: Franziska Müller-Rech (LV Nordrhein-Westfalen)</b>			
110	Füge ein nach [...] ausgeweitet werden.	Nicht-tarifvertraglich organisierte Unternehmen sollen daher auch Beitragszusagen („Zielrenten“) und Opting-Out-Modelle auf Betriebsebene einrichten dürfen.	Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 1043 - Antragsteller: Franziska Müller-Rech (LV Nordrhein-Westfalen)</b>			
111	Füge ein nach [...] private Altersvorsorge.	Betriebsrenten sollen nicht mehr auf die Grundsicherung angerechnet werden.	Abstimmung mit Beratung
<b>Zeile 1043 - Antragsteller: Franziska Müller-Rech (LV Nordrhein-Westfalen)</b>			
112	Füge ein nach . [...] privaten Altersvorsorge.	Wir wollen außerdem die derzeitige Beitragsfreigrenze für Kranken- und Pflegeversicherung von 1/20 der monatlichen Bezugsgröße (2017: 148,75 EUR monatlich) in einen Freibetrag geändert und auf 1/10 monatlichen Bezugsgröße erhöht wird. Dadurch würde insbesondere die Entgeltumwandlung für breite Bevölkerungsschichten deutlich interessanter werden.	Abstimmung ohne Beratung

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
<b>Zeile 1046 - Antragsteller: Franziska Müller-Rech (LV Nordrhein-Westfalen)</b>			
113	Füge ein nach . [...] einzuzahlen hat.	Es muss außerdem möglich sein, das Deckungskapital einfacher auf eine Versorgung beim neuen Arbeitgeber zu übertragen - unabhängig von unterschiedlichen Zusagearten.	Abstimmung mit Beratung
<b>Zeile 1077 - Antragsteller: Florian Rentsch (LV Hessen) für den Bundesfachausschuss Wirtschaft und Energie</b>			
114	Füge ein nach investieren können.	, hierbei ist das Aufsichtsrechts anzupassen.	Übernommen
<b>Zeile 1082 - Antragsteller: Michael Kauch (LV Nordrhein-Westfalen) für den Bundesfachausschuss Arbeit und Soziales</b>			
115	Füge ein nach Andere Menschen	haben Einschränkungen oder	Übernommen
<b>Zeile 1106 bis 1113 - Antragsteller: Michael Kauch (LV Nordrhein-Westfalen) für den Bundesfachausschuss Arbeit und Soziales</b>			
116	Streichung von "Deshalb muss auch die" ... bis "investiert werden kann."		Abstimmung mit Beratung
<b>Zeile 1118 bis 1119 - Antragsteller: Michael Kauch (LV Nordrhein-Westfalen) für den Bundesfachausschuss Arbeit und Soziales</b>			
117	Ersetzung von "Zweite Chance bei persönlichem" ... bis "wirtschaftlichem Scheitern "	Unterstützung zum (Wieder-) Einstieg	Übernommen in veränderter Form: „Zweite Chance – Unterstützung zum (Wieder-) Einstieg

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
<b>Zeile 1133 bis 1133 - Antragsteller: Michael Kauch (LV Nordrhein-Westfalen) für den Bundesfachausschuss Arbeit und Soziales</b>			
118	Ersetzung von Transferzahlungen	der Bezugsdauer des ALG I	Übernommen
<b>Zeile 1135 - Antragsteller: Michael Kauch (LV Nordrhein-Westfalen) für den Bundesfachausschuss Arbeit und Soziales</b>			
119	Füge ein nach und vorankommen.	Ob Einstieg oder Wiedereinstieg	Übernommen in Zeile 1136 in veränderter Form: „Ob Einstieg oder Wiedereinstieg:
<b>Zeile 1172 - Antragsteller: Andreas Keck (LV Bayern) für die Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand</b>			
120	Füge ein nach ändern.	Wir Freie Demokraten wollen die direkte Beschäftigung von Zeitarbeitskräften durch die Unternehmen stärken und setzen uns deshalb für eine Flexibilisierung des Arbeitsrechts ein. Hierbei könnten z. B. Arbeitnehmer durch entsprechende Entlohnungsaufschläge in ihren Verträgen auf tarifliche oder gesetzliche Kündigungsfristen oder andere Kündigungsschutzklauseln verzichten.	Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 1173 bis 1205 - Antragsteller: Andreas Keck (LV Bayern) für die Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand</b>			
121	Ersetzung von "Bürgergeld / Wir Freie" ... bis "Bürgergeld nicht bedingungslos."	<b>Bürgergrundeinkommen (Liberales Bürgergeld)</b>  Wir Freie Demokraten setzen uns für mehr Transparenz und für die Vereinfachung beim Steuersystem und den steuerfinanzierten Sozialleistungen ein. Aktuell gibt es viele verschiedene Sozialleistungen mit ganz unterschiedlichen Voraussetzungen. Diese Leistungen sind oft nicht	Abstimmung mit Beratung

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		<p>ausreichend aufeinander und mit dem Steuersystem abgestimmt. Wem welche Leistungen zustehen, ist für die Betroffenen und auch für die Verwaltung oft nicht klar. Das System ist für die Betroffenen schwer durchschaubar und bestraft in der Regel sogar die Arbeitsaufnahme. Beispielsweise, wenn durch den Wegfall einer ergänzenden Sozialleistung am Ende trotz Arbeit weniger Geld übrig bleibt.</p> <p>Wir Freie Demokraten setzen uns deshalb für die Einführung eines Bürgergrundeinkommens ein.</p> <p>Dabei werden steuerlicher Grundfreibetrag, Rentenversicherung, Arbeitslosenversicherung, steuerfinanzierte Sozialleistungen wie beispielsweise die Regelleistung und die Unterkunftskosten des Arbeitslosengelds II, die Grundsicherung im Alter, die Sozialhilfe zum Lebensunterhalt, der Kinderzuschlag und das Wohngeld in einer Leistung und an einer staatlichen Stelle zusammengefasst. Das liberale Bürgergrundeinkommen macht es für alle Menschen, einfacher und lässt sie auch im Falle der Bedürftigkeit nicht länger von Amt zu Amt rennen.</p> <p>Das modifizierte Bürgergeld der Freien Demokraten garantiert jedem bedürftigen erwachsenen, bedürftigen, europäischen Staatsbürger mit einem festen Wohnsitz in Deutschland seit mehr als einem Jahr ein Grundeinkommen in Höhe des heutigen steuerfreien Grundfreibetrages von</p>	

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		<p>aktuell 8821 €, Kindern bis 18 Jahren 50% davon. Soweit dieses Einkommen nicht erreicht wird, stockt der Staat dieses auf (negative Einkommenssteuer). Eigene (ergänzende) Einkommen werden zu maximal 50% auf dieses Mindesteinkommen angerechnet und ansonsten zum persönlichen Einkommenssteuersatz besteuert.</p> <p>Als bedürftig gilt, wer seinen Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus Arbeitseinkommen, Kapitalerträgen oder (unter Anrechnung von fairen Freibeträgen z. B. für Altersvorsorge) vorhandenem Vermögen bestreiten kann.</p> <p>Grundlage für einen Anspruch ist die Prüfung einer grundsätzlichen Arbeitsbereitschaft bzw. -fähigkeit.</p> <p>Ergänzende Sozialleistungen bei spezifischer Bedürftigkeit (regionale Zuschläge, Behinderung) können das System ergänzen.</p> <p>Im Zusammenhang mit der Umstellung auf das Bürgergrundeinkommen werden alle Einkommensarten harmonisiert und gleich behandelt.</p> <p>Durch dieses System lohnt sich jede Art von eigenem Einkommen, weil jeweils mindestens 50% der Einnahmen beim Bürger bleiben. Das komplizierte und behinderte System aus Mini- und Minijobs kann entfallen, Hinzuverdienstgrenzen werden fließend, motivierend und damit aktivierend. Gerade für Menschen im heutigen</p>	

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		<p>Arbeitslosengeld II („Hartz IV-Aufstocker“) lohnt es sich jedoch kaum mehr Stunden zu arbeiten und so mehr zu verdienen. Denn die heutigen Zuverdienstregelungen sind demotivierend und werfen den Menschen Knüppel zwischen die Beine. Das Bürgergrundeinkommen ist auch ein zentraler gesetzgeberische Hebel beim Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit, den wir endlich ziehen müssen. Ziel ist, dass es sich wieder lohnt, Schritt für Schritt voranzukommen und irgendwann finanziell ganz auf eigenen Beinen zu stehen.</p> <p>Eine gesetzliche Arbeitslosenversicherung sowie eine gesetzliche Rentenversicherung kann ersatzlos entfallen. Freiwillige ergänzende Vorsorge kann selbstverständlich ergänzt werden. Insbesondere für Ansprüche aus der gesetzliche Rentenversicherung müssen Übergangslösungen definiert werden. So könnte das Bürgergeld (Grundeinkommen) auf Rentenansprüche angerechnet werden und staatliche Zuschüssen an die Rentenkasse analog gekürzt werden.</p> <p>Einsparungen bei Arbeitslosenversicherung und Rentenversicherung sollen anteilig bei der Neujustierung des Steuersystems z. B. bei Unternehmensbesteuerung / Einkommenssteuer berücksichtigt werden.</p> <p>Das Bürgergrundeinkommen ist nicht bedingungslos, vereinfacht aber das Sozialsystem deutlich, wirkt aktivierend und kann bei entsprechender Ausgestaltung einen</p>	

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		wertvollen Beitrag zu Beseitigung des steuerlichen „Mittelstandsbauchs“ und der Korrektur der Fehlentwicklungen durch die Kalte Progression leisten.	
<b>Zeile 1173 bis 1205 - Antragsteller: Andreas Keck (LV Bayern) für die Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand</b>			
122	Ersetzung von "Bürgergeld / Wir Freie" ... bis "Bürgergeld nicht bedingungslos."	<p><b>Bürgergrundeinkommen</b></p> <p>Wir Freie Demokraten setzen uns für mehr Transparenz und für die Vereinfachung beim Steuersystem und den steuerfinanzierten Sozialleistungen ein. Aktuell gibt es viele verschiedene Sozialleistungen mit ganz unterschiedlichen Voraussetzungen. Diese Leistungen sind oft nicht ausreichend aufeinander und mit dem Steuersystem abgestimmt. Wem welche Leistungen zustehen, ist für die Betroffenen und auch für die Verwaltung oft nicht klar. Das System ist für die Betroffenen schwer durchschaubar und bestraft in der Regel sogar die Arbeitsaufnahme. Beispielsweise, wenn durch den Wegfall einer ergänzenden Sozialleistung am Ende trotz Arbeit weniger Geld übrig bleibt. Wir Freie Demokraten setzen uns deshalb für die Einführung eines Bürgergrundeinkommens ein. Dabei werden steuerlicher Grundfreibetrag, Rentenversicherung Arbeitslosenversicherung, steuerfinanzierte Sozialleistungen wie beispielsweise die Regelleistung und die Unterkunftskosten des Arbeitslosengelds II, die Grundsicherung im Alter, die Sozialhilfe zum Lebensunterhalt, der Kinderzuschlag und das Wohngeld in einer Leistung und an einer staatlichen Stelle</p>	Abstimmung mit Beratung

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		<p>zusammengefasst. Das liberale Bürgergrundeinkommen macht es für alle Menschen, einfacher und lässt sie auch im Falle der Bedürftigkeit nicht länger von Amt zu Amt rennen. Das modifizierte Bürgergeld der Freien Demokraten garantiert jedem bedürftigen erwachsenen, bedürftigen, europäischen Staatsbürger mit einem festen Wohnsitz in Deutschland seit mehr als einem Jahr ein Grundeinkommen in Höhe des heutigen steuerfreien Grundfreibetrages von aktuell 8821 €, Kindern bis 18 Jahren 50% davon. Soweit dieses Einkommen nicht erreicht wird, stockt der Staat dieses auf (negative Einkommenssteuer). Eigene (ergänzende) Einkommen werden zu maximal 50% auf dieses Mindesteinkommen angerechnet und ansonsten zum persönlichen Einkommenssteuersatz besteuert.</p> <p>Als bedürftig gilt, wer seinen Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus Arbeitseinkommen, Kapitalerträgen oder (unter Anrechnung von fairen Freibeträgen z. B. für Altersvorsorge) vorhandenem Vermögen bestreiten kann. Grundlage für einen Anspruch ist die Prüfung einer grundsätzlichen Arbeitsbereitschaft bzw. -fähigkeit.</p> <p>Ergänzende Sozialleistungen bei spezifischer Bedürftigkeit (regionale Zuschläge, Behinderung) können das System ergänzen.</p> <p>Im Zusammenhang mit der Umstellung auf das Bürgergrundeinkommen werden alle Einkommensarten</p>	

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		<p>harmonisiert und gleich behandelt.</p> <p>Durch dieses System lohnt sich jede Art von eigenem Einkommen, weil jeweils mindestens 50% der Einnahmen beim Bürger bleiben. Das komplizierte und behinderte System aus Mini- und Minijobs kann entfallen, Hinzuverdienstgrenzen werden fließend, motivierend und damit aktivierend. Gerade für Menschen im heutigen Arbeitslosengeld II („Hartz IV-Aufstocker“) lohnt es sich jedoch kaum mehr Stunden zu arbeiten und so mehr zu verdienen. Denn die heutigen Zuverdienstregelungen sind demotivierend und werfen den Menschen Knüppel zwischen die Beine. Das Bürgergrundeinkommen ist auch ein zentraler gesetzgeberische Hebel beim Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit, den wir endlich ziehen müssen. Ziel ist, dass es sich wieder lohnt, Schritt für Schritt voranzukommen und irgendwann finanziell ganz auf eigenen Beinen zu stehen.</p> <p>Eine gesetzliche Arbeitslosenversicherung sowie eine gesetzliche Rentenversicherung kann ersatzlos entfallen. Freiwillige ergänzende Vorsorge kann selbstverständlich ergänzt werden. Insbesondere für Ansprüche aus der gesetzliche Rentenversicherung müssen Übergangslösungen definiert werden. So könnte das Bürgergeld (Grundeinkommen) auf Rentenansprüche angerechnet werden und staatliche Zuschüssen an die Rentenkasse analog gekürzt werden. Einsparungen bei Arbeitslosenversicherung und Rentenversicherung sollen</p>	

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		<p>anteilig bei der Neujustierung des Steuersystems z. B. bei Unternehmensbesteuerung / Einkommenssteuer berücksichtigt werden.</p> <p>Das Bürgergrundeinkommen ist nicht bedingungslos, vereinfacht aber das Sozialsystem deutlich, wirkt aktivierend und kann bei entsprechender Ausgestaltung einen wertvollen Beitrag zu Beseitigung des steuerlichen „Mittelstandsbauchs“ und der Korrektur der Fehlentwicklungen durch die Kalte Progression leisten.</p>	
<p><b>Zeile 1191 - Antragsteller: Michael Kauch (LV Nordrhein-Westfalen) für den Bundesfachausschuss Arbeit und Soziales</b></p>			
123	Füge ein nach der Fall ist.	Selbst verdientes Einkommen soll nur prozentual und etwa hälftig angerechnet werden.	Übernommen in veränderter Form: „Selbstverdientes Einkommen soll nur prozentual und geringer als heute angerechnet werden.“
<p><b>Zeile 1205 - Antragsteller: Christoph Dammermann (LV Nordrhein-Westfalen), Alexander Müller (LV Hessen), Frank Schäffler (LV Nordrhein-Westfalen), Marcel Schneider (LV Nordrhein-Westfalen) und Thomas Vollmar (LV Thüringen)</b></p>			
124	Füge ein nach bedingungslos.	Um Mini-Jobs auf Dauer attraktiv zu halten, setzt sich die FDP dafür ein, dass die Mini-Job-Grenze (heute 450 Euro) auf das 60-fache des gesetzlichen Mindeststundenlohns (das wären heute 530,40 €) festgesetzt wird und sich mit ihm dynamisch entwickelt.	Übernommen in veränderter Form: „Um Mini-Jobs auf Dauer... bis dynamisch entwickelt. Die Midi-Jobs sind entsprechend anzupassen. (Unter Beachtung der Anträge 200 und 201 im Alex-Müller-Verfahren)
<p><b>Zeile 1237 - Antragsteller: Thomas Seerig (LV Berlin)</b></p>			

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
125	Füge ein nach Patienten.	Wir wollen künftige Sozialwahlen demokratischer, transparenter und effektiver machen. Wir wollen Einheitslisten abschaffen und echte Auswahl ermöglichen. Dabei ist die Möglichkeit der Online-Beteiligung zu schaffen und eine einfache und transparente Aufstellung der Listen zu gewährleisten.	Übernommen
<b>Zeile 1249 - Antragsteller: Michael Kauch (LV Nordrhein-Westfalen) für den Bundesfachausschuss Arbeit und Soziales</b>			
126	Füge ein nach vorgesorgt hat.	<p><b>Mehr Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderung</b></p> <p>Menschen mit Behinderung sollen Wahlfreiheit über die individuelle Gestaltung des eigenen Lebens haben. Wir fordern ein Wunsch- und Wahlrecht auf Leistungen zur Teilhabe, zum Beispiel freie Wahl von Wohnort und Wohnform kostenneutral innerhalb eines vorgegebenen Budgets. Wir treten für bessere Teilhabemöglichkeiten auf dem ersten Arbeitsmarkt ein. Damit jeder selbst über seine Angebote bestimmen kann, wollen wir das Persönliche Budget einfach und unbürokratisch nutzbar machen. Menschen mit Behinderung sollen unabhängig von der Wohnform Anspruch auf alle Leistungen aus der Sozialversicherung haben. Dies muss auch für die Pflegeversicherung gelten.</p>	Übernommen
<b>Zeile 1251 bis 1251 - Antragsteller: Andreas Keck (LV Bayern) für die Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand</b>			

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
127	Ersetzung Vernünftiges	Selbstbewusstes, chancenorientiertes	Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 1263 bis 1264 - Antragsteller: Konstantin Kuhle (LV Niedersachsen) für den Bundesvorstand der Jungen Liberalen</b>			
128	Streichung nationalen		Übernommen
<b>Zeile 1267 bis 1267 - Antragsteller: Dagmar Weiner</b>			
129	Streichung nach Beendigung des Krieges IN DER REGEL in ihr Heimatland zurückkehren. "In der Regel" bitte streichen.		Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 1277 bis 1278 - Antragsteller: Andreas Keck (LV Bayern) für die Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand</b>			
130	Streichung , die sich entsprechend integriert haben,		Abstimmung mit Beratung zusammen mit 131 und 132
<b>Zeile 1278 bis 1278 - Antragsteller: Dr. Martin Dickopp (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b>			
131	Streichung ein Rechtskreiswechsel und damit		Abstimmung mit Beratung zusammen mit 130 und 132
<b>Zeile 1279 bis 1280 - Antragsteller: Andreas Keck (LV Bayern) für die Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand</b>			

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
132	Streichung von "Natürlich nur, wenn sie" ... bis "Fachkräfte aus dem Ausland."		Abstimmung mit Beratung zusammen mit 130 und 131
<b>Zeile 1280 - Antragsteller: Konstantin Kuhle (LV Niedersachsen) für den Bundesvorstand der Jungen Liberalen, Thomas Kemmerich (LV Thüringen) für die Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand und Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (LV Bayern)</b>			
133	Füge ein nach Ausland.	Zudem soll die internationale Arbeitsvermittlung vereinfacht werden – dafür soll die Agentur für Arbeit eine Plattform für Unternehmen schaffen, um auch im Ausland nach Arbeitskräften zu suchen. Mittelfristig setzen wir uns für die Schaffung einer europäischen Arbeits- und Ausbildungsplatzvermittlung ein.	Abstimmung mit Beratung
<b>Zeile 1287 - Antragsteller: Albert Duin (LV Bayern) für den Landesverband Bayern</b>			
134	Füge ein nach Fehler.	Gelungene Integration in eine freiheitlich-demokratische Gesellschaft Wir Freie Demokraten wollen Talente von Zuwanderern fördern, ihre Potentiale und Visionen für den Arbeitsmarkt nutzbar machen und starke Personen für eine aktive Mitarbeit in Gesellschaft und Ehrenamt gewinnen. Jeder Zuwanderer muss daher unabhängig von seiner Herkunft und seinem Zuwanderungsgrund von Anfang an unsere volle Unterstützung für eine erfolgreiche Integration erhalten. Berührungspunkte mit der deutschen Gesellschaft, die Vermittlung ihrer Werte bzw. Pflichten und vor allem das Lernen der deutschen Sprache können nicht früh genug beginnen. Integration fordert dabei aber natürlich von jedem	Übernommen in geänderter Form: „Wir Freie Demokraten wollen Talente von Zuwanderern fördern, ihre Potentiale und Visionen für den Arbeitsmarkt nutzbar machen und starke Personen für eine aktive Mitarbeit in Gesellschaft und Ehrenamt gewinnen. Das bisherige System der Integrationskurse als staatliches Mindestangebot für bereits Zugewanderte genügt den Anforderungen unserer modernen Zuwanderungsgesellschaft nicht. Wir Freien Demokraten fordern daher ein neues modulares Integrationsprogramm, das die individuelle Förderung entsprechend

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		<p>Zuwanderer auch den eigenen Willen und eigene Anstrengungen zum Erreichen der Integrationsziele. Das bisherige System der Integrationskurse als staatliches Mindestangebot für bereits Zugewanderte genügt den Anforderungen unserer modernen Zuwanderungsgesellschaft nicht. Wir Freien Demokraten fordern daher ein neues modulares Integrationsprogramm, das die individuelle Förderung entsprechend persönlicher Bedürfnisse in unterschiedlichen Stufen ermöglicht.</p>	<p>persönlicher Bedürfnisse in unterschiedlichen Stufen ermöglicht.</p>
<p><b>Zeile 1287 - Antragsteller: Konstantin Kuhle (LV Niedersachsen) für den Bundesvorstand der Jungen Liberalen und Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (LV Bayern)</b></p>			
135	<p>Füge ein nach großer Fehler.</p>	<p>Menschen dürfen auch weiterhin nicht in unsichere Herkunftsländer abgeschoben werden. Dazu zählt unserer Ansicht nach aktuell auch Afghanistan.</p>	<p>Abstimmung mit Beratung zusammen mit V2 31</p>
<p><b>Zeile 1288 bis 1301 - Antragsteller: Dagmar Weiner (LV Hessen)</b></p>			
136	<p>Streichung Wir.....uns undenkbar</p>		<p>Abstimmung mit Beratung zusammen mit 137, 138, 139, 140 und 141 und V2 32</p>
<p><b>Zeile 1289 bis 1301 - Antragsteller: Egon Harms (LV Niedersachsen)</b></p>			
137	<p>Ersetzung von "Wir Freie Demokraten wollen," ... bis "Einbürgerung für uns undenkbar."</p>	<p>Wir Freie Demokraten lehnen die doppelte Staatsbürgerschaft im Grundsatz ab und fordern, dass sich ausländische Bürgerinnen und Bürger bei Beantragung der deutschen Staatsbürgerschaft zwischen ihrer bisherigen und der deutschen Staatsbürgerschaft entscheiden müssen.</p>	<p>Abstimmung mit Beratung zusammen mit 136, 138, 139, 140 und 141 und V2 32</p>

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		<p>Gleiches gilt für in Deutschland geborene Kinder. Sie müssen sich mit Erreichen des 21. Lebensjahres für die deutsche oder die Staatsbürgerschaft ihrer Eltern entscheiden.</p> <p>Die Staatsbürgerschaft bestimmt die rechtliche Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft von Bürgern eines Staates. Sie begründet ein Rechts- und Schutzverhältnis zwischen einer natürlichen Person und einem Staat. Aus diesem Verhältnis ergeben sich besondere staatsbürgerliche Rechte und Pflichten. Die besonderen Rechte bestehen in Schutz- und Abwehrrechten gegen den Staat, Einstandsansprüche im Verhältnis zu Dritten sowie Teilhaberechte am Staatsleben. Hierzu gehören Reisefreiheit, Auslieferungsverbot, konsularischer Schutz, internationale Prozessführung, Wahlrecht, politische Mitgestaltung und nicht zuletzt Souveränitätsteilhabe. Zu den staatsbürgerlichen Pflichten gehören insbesondere die Treuepflicht sowie die (derzeit ausgesetzte) Wehrpflicht.</p> <p>Die Rechte und Pflichten dürfen nicht zu Optionen werden, die man sich nach Belieben zusammenstellen kann. Die Zugehörigkeit zu einem Staatswesen ist nur etwas wert, wenn sie unteilbar ist, denn sie legt gesetzliche Verbindlichkeiten und keine kulturellen Orientierungen fest. Viele Menschen in Deutschland haben eine Identität, die sich aus mehreren Kulturkreisen speist. Diese Vielfalt kann und darf eine Staatsbürgerschaft aber nicht abbilden, weil sie</p>	

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		<p>ausschließlich das Rechtsverhältnis festlegt.</p> <p>Der Mensch als Souverän in einer Demokratie muss sich für eine Rechtsgemeinschaft entscheiden, er kann nicht der Souverän zweier Staaten sein. Derjenige, der in Deutschland lebt, aufgewachsen ist und in den deutschen Staat und die Gesellschaft auch einiges investiert hat, muss sich bekennen und sagen: Ja, ich will deutscher Staatsbürger sein, ich will Deutschlands Zukunft mit gestalten.</p> <p>Geschichte, Tradition, Wurzeln gehen nicht verloren, wenn man eine neue Staatsbürgerschaft annimmt und die alte ablegt.</p> <p>Die Integration von Menschen anderer Kulturen, die sich entschieden haben, ihr Leben in Deutschland zu verbringen, wird nur erfolgreich sein, wenn diese Menschen sich bewusst für die deutsche Staatsbürgerschaft entscheiden. Integration heißt, Teil einer Gemeinschaft zu werden. Ohne ein klares Bekenntnis zu unserem Staat ist eine erfolgreiche Integration für uns undenkbar.</p>	
<b>Zeile 1290 - Antragsteller: Helge Ziegler (LV Bayern)</b>			
138	Füge ein nach grundsätzlich	"nicht" möglich ist	Abstimmung mit Beratung zusammen mit 136, 137, 139, 140 und 141 und V2 32
<b>Zeile 1290 - Antragsteller: Dr. Maren Jasper-Winter (LV Berlin) für den BV Friedrichshain-Kreuzberg</b>			

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
139	Füge ein nach möglich ist.	Deshalb soll die deutsche Staatsbürgerschaft nicht mehr bei Annahme einer weiteren Staatsbürgerschaft eines anderen Staates aberkannt werden, sondern nur auf Antrag des Betroffenen.	Abstimmung mit Beratung zusammen mit 136, 137, 138, 140 und 141 und V2 32
<b>Zeile 1292 bis 1293 - Antragsteller: Albert Duin (LV Bayern) für den Landesverband Bayern</b>			
140	Streichung von "Der Antrag auf Einbürgerung" ... bis "gestellt werden können."		Abstimmung mit Beratung zusammen mit 136, 137, 138, 149 und 141
<b>Zeile 1292 bis 1293 - Antragsteller: Albert Duin (LV Bayern) für den Landesverband Bayern</b>			
141	Ersetzung von "Der Antrag auf Einbürgerung" ... bis "Einbürgerung gibt es aber"	Für eine Einbürgerung gibt es	Abstimmung mit Beratung zusammen mit 136, 137, 138, 139 und 140
<b>Zeile 1317 - Antragsteller: Konstantin Kuhle (LV Niedersachsen) für den Bundesvorstand der Jungen Liberalen, Dr. Heiner Garg (LV Schleswig-Holstein) und der Landesverband Bayern</b>			
142	Füge ein nach konkret aufgezeigt wird.	Gerade jene Flüchtlinge, die über eine dauerhafte Bleibeperspektive verfügen, müssen auch einen schnelleren Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten. Arbeitsverbote und andere Markteintrittsbarrieren wie Vorrangprüfungen für Deutsche sind daher aufzuheben. Außerdem wollen wir für Flüchtlinge eine Ausnahme vom gesetzlichen Mindestlohn einführen.	Übernommen in veränderter Form: „Gerade jene Flüchtlinge... daher aufzuheben. Außerdem wollen wir für Flüchtlinge eine Ausnahme vom gesetzlichen Mindestlohn, wie für Langzeitarbeitslose, einführen.“

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
<b>Zeile 1318 bis 1329 - Antragsteller: Heike Schaumann (LV Nordrhein-Westfalen) für die Bundesvereinigung Liberale Frauen</b>			
143	Streichung von "Englisch als ergänzende" ... bis "Deutschland zu informieren."		Abstimmung mit Beratung
<b>Zeile 1344 bis 1345 - Antragsteller: Jan Zippel (LV Bayern)</b>			
144	Streichung von "Einseitige Modelle wie" ... bis "wollen wir abschaffen."		Abstimmung mit Beratung
<b>Zeile 1344 - Antragsteller: Dr. Julia Frank (LV Baden-Württemberg) für den Kreisverband Ostalb</b>			
145	Füge ein nach Betrieben, fördern.	Betreuungszeiten müssen flächendeckend in dem Umfang gewährleistet werden, wie dies eine reguläre Vollzeitbeschäftigung nötig macht.	Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 1354 bis 1355 - Antragsteller: Dr. Julia Frank (LV Baden-Württemberg) für den Kreisverband Ostalb</b>			
146	Ersetzung von "deren Jobs meist besser" ... bis "traditionell ergreifen."	sowie Männer ermutigen, klassische Frauenbranchen zu entdecken.	Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 1356 - Antragsteller: Michael Kauch (LV Nordrhein-Westfalen) für den Bundesfachausschuss Arbeit und Soziales</b>			
147	Füge ein nach verkleinert werden.	Genauso müssen gesellschaftliche Hemmnisse abgebaut werden, wenn Männer vermeintliche Frauenberufe ergreifen.	Übernommen

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
<b>Zeile 1357 bis 1359 - Antragsteller: Thomas L. Kemmerich (LV Thüringen), Dr. Thomas Nitzsche (LV Thüringen), Robert-Martin Montag (LV Thüringen), Tim Wagner (LV Thüringen), Jan Siegemund (LV Thüringen), Patrick Frisch (LV Thüringen) für den Landesverband Thüringen</b>			
148	Streichung von "Mehr Frauen in Führungsverantwortung" ... bis "Selbstverpflichtungen."		Abstimmung mit Beratung
<b>Zeile 1359 bis 1360 - Antragsteller: Dr. Julia Frank (LV Baden-Württemberg) für den Kreisverband Ostalb</b>			
149	Ersetzung in der Leitung von Unternehmen	in Leitungsfunktionen	Erledigt durch Übernahme von 150
<b>Zeile 1359 - Antragsteller: Dr. Martin Dickopp (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b>			
150	Füge ein nach Leitung von Unternehmen	und anderen Führungspositionen	Übernommen
<b>Zeile 1359 - Antragsteller: Dr. Julia Frank (LV Baden-Württemberg) für den Kreisverband Ostalb</b>			
151	Füge ein nach der Wirtschaft	, Politik	Erledigt durch Übernahme von 150
<b>Zeile 1387 - Antragsteller: Konstantin Kuhle (LV Niedersachsen) für den Bundesvorstand der Jungen Liberalen, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (LV Bayern) und Thomas Kemmerich (LV Thüringen) für die Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand</b>			
152	Füge ein nach zugreift.	Bei allen IT-Produkten und Diensten sollten standardmäßig die Prinzipien „Privacy by Design“ und „Privacy by Default“ gelten. Für alle persönlichen Daten muss es möglich sein, bei jedem Anbieter einfach und unbürokratisch eine	Übernommen in veränderter Form in Zeile 1386 füge ein nach „können“ „(„Opt-In“)“ und in Zeile 1389 füge ein nach „behalten.“

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		Selbstauskunft über die gesammelten Daten zu erhalten. Außerdem muss gelten, dass deren Weitergabe grundsätzlich einer ausdrücklichen Zustimmung bedarf („Opt-In“).	„(Auskunftsrecht)“
<b>Zeile 1390 bis 1394 - Antragsteller: Dr. Martin Dickopp (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b>			
153	Streichung von "Die digitale Infrastruktur" ... bis "und Zugriffssystemen."		Übernommen
<b>Zeile 1398 - Antragsteller: Dr. Martin Dickopp (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b>			
154	Füge ein nach entspricht.	<p><b>Cybersicherheit sicherstellen</b></p> <p>Die digitale Infrastruktur effektiv zu schützen, ist staatliche Aufgabe ersten Ranges. In enger Zusammenarbeit mit den hier aktiven Unternehmen müssen Verschlüsselungstechnologien weiterentwickelt werden, ebenso wie die Sicherheit von Speichern und Zugriffssystemen.</p>	Übernommen
<b>Zeile 1401 bis 1405 - Antragsteller: Dr. Martin Dickopp (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b>			
155	Streichung von "Dort, wo nicht-personenbezogene" ... bis "der Maschinen selbst."		Abstimmung mit Beratung

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
<b>Zeile 1412 bis 1412 - Antragsteller: Dr. Martin Dickopp (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b>			
156	Ersetzung privates	Privates	Übernommen
<b>Zeile 1431 - Antragsteller: Dr. Martin Dickopp (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b>			
157	Füge ein nach Bürgerinnen und Bürger	, gleich ob durch deutsche Sicherheitsbehörden oder fremde Nachrichtendienste.	Übernommen
<b>Zeile 1439 bis 1440 - Antragsteller: Dr. Martin Dickopp (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b>			
158	Ersetzung von "Zusammen mit der neu" ... bis "Vorratsdatenspeicherung können daraus"	Daraus können	Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 1445 bis 1454 - Antragsteller: Stephan Thomae (LV Berlin) und Wolfgang Greilich (LV Hessen) für den Bundesfachausschuss Justiz, Innen, Integration und Verbraucherschutz</b>			
159	Ersetzung von "Quick Freeze statt Vorratsdatenspeicherung" ... bis "unabhängiges Gericht."	<p><b>„Verkehrsdaten bei konkretem Anlass einfrieren statt Vorratsdatenspeicherung“</b></p> <p>Wir Freie Demokraten wollen nicht, dass Telekommunikationsunternehmen die Verkehrsdaten aller Menschen – auch gegen deren Willen – anlasslos speichern. Die Vorratsdatenspeicherung, die sie dazu zwingt, lehnen wir deshalb entschieden ab. Freie Kommunikation zwischen Menschen verträgt sich nach unserer Überzeugung nicht mit</p>	Übernommen

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		<p>dieser Pflicht zur flächendeckenden Speicherung. Für eine effektive Strafverfolgung reicht es aus, wenn Verkehrsdaten, die bei den Telekommunikationsunternehmen aus anderen Gründen gespeichert werden, im konkreten Verdachtsfall genutzt werden können. Nimmt eine Strafverfolgungsbehörde bei entsprechendem Tatverdacht an, diese Daten zur Aufklärung von Straftaten zu benötigen, soll sie deshalb anordnen können, dass sie vorübergehend „eingefroren“ werden. Ob den Ermittlern die Daten tatsächlich zu Verfügung gestellt („aufgetaut“) werden, entscheidet dann ein unabhängiges Gericht insbesondere unter Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit.</p>	
<p><b>Zeile 1464 - Antragsteller: Dr. Martin Dickopp (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b></p>			
160	<p>Füge ein nach Bargelds.</p>	<p><b>Mehr Freiheit durch digitale Währungen</b></p> <p>Digitale Währungen wie Bitcoin bieten gleichermaßen einen Schutz vor staatlicher Kontrolle und können zudem dazu beitragen, den Zahlungsverkehr weltweit zu vereinfachen und erheblich zu beschleunigen. Wir wollen sie daher Fremdwährungen rechtlich gleichstellen.</p>	<p>Abstimmung mit Beratung</p>
<p><b>Zeile 1472 - Antragsteller: Albert Duin (LV Bayern), Axel Graf Bülow (LV Brandenburg), Dominique Römhild (Brandenburg), Hans-Peter Goetz (LV Brandenburg), Katja Hessel (LV Bayern), Laszlo Riedel (LV Bayern), Sandro Schilder (LV Brandenburg) und Jaqueline Krüger (LV Brandenburg) für den Landesverband Brandenburg, Landesverband Bayern und Bezirksverband Mittelfranken</b></p>			
161	<p>Füge ein nach effektiv umsetzt.</p>	<p>Die FDP ist überzeugt, dass die deutschen Waffengesetze und waffenrechtlichen Verordnungen in ihrer heutigen Form</p>	<p>Abstimmung mit Beratung</p>

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		<p>bereits ausreichend Möglichkeiten bieten, privaten Waffenbesitz im Sinne der inneren Sicherheit zu regulieren und Fehlverhalten von Waffenbesitzern, falls notwendig, zu sanktionieren.</p> <p>Die FDP lehnt weitere Verschärfungen des deutschen Waffenrechts ab.</p> <p>Die FDP lehnt es ab, dass Millionen rechtschaffene Besitzer legaler Waffen in Deutschland und Europa zunehmend unter unbegründeten Generalverdacht gestellt werden.</p> <p>Die FDP schließt sich der ablehnenden Haltung der ALDE-Fraktion im Europäischen Parlament hinsichtlich der EU-Feuerwaffenrichtlinie (91/477/EWG) an und wird den Transformationsprozess in nationales Recht kritisch begleiten.</p> <p>Verschärfungen des deutschen Waffenrechts, resultierend aus der EU-Feuerwaffenrichtlinie, die keinen objektiven Sicherheitsgewinn bei gleichzeitiger Berücksichtigung der verfassungsmäßigen Verhältnismäßigkeit erbringen, sind abzulehnen.</p> <p>Darüber hinaus sind Änderungen des deutschen Waffenrechts, resultierend aus der EU-Feuerwaffenrichtlinie, auf ihre Praktikabilität zu prüfen. Die Schaffung von zusätzlichen Rechtsunsicherheiten im nationalen Gesetz sowie eine Überfrachtung der zuständigen Behörden mit</p>	

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		kostenintensiven Anforderungen gilt es zu verhindern.	
<b>Zeile 1494 - Antragsteller: Dr. Martin Dickopp (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b>			
162	Füge ein nach aufnehmen.	Richter und Staatsanwälte brauchen eine fortlaufende Weiterbildung im IT-Bereich, um Cyberkriminalität effektiv bekämpfen zu können.	Übernommen
<b>Zeile 1509 bis 1509 - Antragsteller: Dr. Martin Dickopp (LV Berlin)</b>			
163	Streichung - und Wirtschafts		Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 1522 bis 1527 - Antragsteller: Konstantin Kuhle (LV Niedersachsen) für den Bundesvorstand der Jungen Liberalen und Landesverband Bayern</b>			
164	Ersetzung von "Hierfür muss es eine funktionierende" ... bis "Bundesländern nicht unterscheiden."	Die Landesämter für Verfassungsschutz sollen als Dienststellen in ein reformiertes Bundesamt für Verfassungsschutz eingegliedert werden.	Abstimmung mit Beratung
<b>Zeile 1544 - Antragsteller: Konstantin Kuhle (LV Niedersachsen) für den Bundesvorstand der Jungen Liberalen und Landesverband Bayern</b>			
165	Füge ein nach Kontrollgremium	nach dem Vorbild des Verteidigungsausschusses bei Bedarf mit den Rechten eines Untersuchungsausschusses ausgestattet werden können und	Übernommen
<b>Zeile 1548 - Antragsteller: Konstantin Kuhle (LV Niedersachsen) für den Bundesvorstand der Jungen Liberalen und Landesverband Bayern</b>			

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
166	Füge ein nach ausländischen Diensten.	Das PKGr soll unrechtmäßige Maßnahmen zur Anzeige bringen sowie durch Beschluss die Veröffentlichung vertraulicher Dokumente anordnen können.	Übernommen
<b>Zeile 1550 - Antragsteller: Konstantin Kuhle (LV Niedersachsen) für den Bundesvorstand der Jungen Liberalen und Landesverband Bayern</b>			
167	Füge ein nach angehören.	In der G10-Kommission sollen zudem nur noch kontradiktorische Entscheidungsverfahren möglich sein. Es wird eine Ombudsperson („Bürgeranwalt“) eingerichtet, die an den Sitzungen der G10-Kommission beratend teilnimmt, in Zeiten der Unkenntnis der Maßnahme die Betroffenenrechte wahrnimmt und ein Auskunftsrecht besitzt.	Abstimmung mit Beratung
<b>Zeile 1555 - Antragsteller: Stephan Thomae (LV Bayern) und Wolfgang Greilich (LV Hessen) für den Bundesfachausschuss Justiz, Innen, Integration und Verbraucherschutz</b>			
168	Füge ein nach sicher sein.	<p><b>Videoüberwachung verantwortungsvoll einsetzen</b></p> <p>Die Ausweitung der Videoüberwachung ist kein Allheilmittel, schon gar nicht ist sie ein geeignetes Mittel zur Terrorabwehr. Durch Videokameras wäre zum Beispiel auch der Anschlag auf den Weihnachtsmarkt in Berlin nicht verhindert worden. Jedoch steht ebenso fest, dass in der Nachbereitung eines Anschlags und zu Verfolgung flüchtiger Täter Videoaufzeichnungen hilfreich sind. Die FDP plädiert deshalb dafür, in jedem Einzelfall zu prüfen, ob von der Installation weiterer Videoüberwachungstechnik ein signifikanter Sicherheitsgewinn oder eine deutlich</p>	Abstimmung mit Beratung

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		<p>verbesserte Möglichkeit der Verfolgung von drohenden Straftaten zu erwarten ist. eine flächendeckende Videoüberwachung wird von der FDP abgelehnt. Voraussetzung für den Einsatz von Aufzeichnungsgeräten ist es, dass sich Aufzeichnungen nach einem kurzen Zeitraum der Sicherung (z. B. 48 Stunden) automatisch überschreiben, so dass sie nicht mehr rekonstruierbar sind, wenn bis dahin kein nachvollziehbarer Grund für eine dauerhafte Sicherung gegeben ist, etwa wegen der Verwendung in einem strafrechtlichen Ermittlungsverfahren oder zu Fahndungszwecken. Der Schwerpunkt sollte darauf liegen, veraltete Videotechnik, die aufgrund der schlechten Qualität keine verwertbaren Bilder von Straftaten liefert, zu ersetzen. Die Tendenz, mehr Videoüberwachung durch private Stellen zuzulassen, um die so gewonnenen Aufzeichnungen für staatliche Zwecke dienstbar machen zu können, sieht die FDP kritisch. Die Gewährung der Sicherheit der Bürger ist eine originäre staatliche Aufgabe und es bleibt auch Aufgabe des Staates, die dazu erforderlichen Sachmittel und Personalkapazitäten bereitzustellen. Videoüberwachung darf auch kein Ersatz von Beamten auf der Straße und den konsequenten Vollzug bereit vorhandener gesetzlicher Möglichkeiten zur Gewährung von Sicherheit.</p>	
<p><b>Zeile 1555 - Antragsteller: Konstantin Kuhle (LV Niedersachsen) für den Bundesvorstand der Jungen Liberalen</b></p>			
169	Füge ein nach müssen vor Ausspähung sicher	Ein Staat, der seinen Bürgern die rechtliche Kontrolle seiner Handlungen verwehrt und ihnen Freiheitseinschränkungen	Übernommen

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
	sein	verschweigt, verstößt unserer Meinung nach gegen fundamentale Prinzipien des Rechtsstaates. Daher sollte jeder EU-Bürger so schnell wie möglich, aber in jedem Fall nach spätestens 30 Jahren, von gegen ihn gerichtete Überwachungsmaßnahmen in Kenntnis gesetzt werden und ihm wieder der reguläre Rechtsweg offen stehen.	
<b>Zeile 1555 - Antragsteller: Konstantin Kuhle (LV Niedersachsen) für den Bundesvorstand der Jungen Liberalen und Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (LV Bayern) für den Landesverband Bayern</b>			
170	Füge ein nach müssen vor Ausspähung sicher sein.	Wir wollen zudem eine regelmäßige Evaluation aller den Geheimdiensten zur Verfügung stehenden Methoden sowie der zugrundeliegenden Rechtsnormen auf ihre Wirksamkeit und Verhältnismäßigkeit, auch angesichts einer zu erstellenden Überwachungsgesamtrechnung. Im Geheimdienstbericht soll künftig auch die Anzahl der genehmigten, sowie abgelehnten Überwachungsmaßnahmen bzw. Mitteilungen anonym veröffentlicht werden.	Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 1555 - Antragsteller: Konstantin Kuhle (LV Niedersachsen) für den Bundesvorstand der Jungen Liberalen und Landesverband Bayern</b>			
171	Füge ein nach vor Ausspähung sicher sein.	Alle als geheim eingestuft Akten sollen regelmäßig von einer unabhängigen Stelle auf die weitere Notwendigkeit dieser Anordnung geprüft und spätestens nach 30 Jahren ausnahmslos veröffentlicht werden, wobei die Persönlichkeitsrechte gewahrt bleiben müssen.	Abstimmung ohne Beratung

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
<b>Zeile 1563 - Antragsteller: Dr. Christopher Gohl (LV Baden-Württemberg)</b>			
172	Füge ein nach auseinanderzusetzen.	Auch wenn absichtliche Schmähungen Andersgläubiger oder Andersdenkender nicht förderlich für ein friedliches Miteinander sind, halten wir den Blasphemie-Paragraphen 166 StGB für überflüssig und wollen ihn abschaffen.	Übernommen mit Änderung im nächsten Satz: Streichung: „jedoch“.
<b>Zeile 1564 bis 1570 - Antragsteller: Dagmar Weiner (LV Hessen)</b>			
173	Ersetzung Die Ordnung....ist.	Die Ordnung des Grundgesetzes ist <b>grundsätzlich</b> offen für alle, die seine Werte teilen. Im Rahmen dieser Ordnung kann jeder so leben, wie er es für richtig hält. Aber diese Ordnung gilt für alle, für Mehrheiten und für Minderheiten. Und das bedeutet, dass, wenn eine Religion z.B. Frauen benachteiligt, diese Benachteiligung der Frauen in der Bundesrepublik Deutschland nicht gelten darf.	Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 1565 - Antragsteller: Dr. Christopher Gohl (LV Baden-Württemberg)</b>			
174	Füge ein nach und Weltanschauung.	Im liberalen Rechtsstaat, der alle Glaubensgemeinschaften rechtlich gleich behandelt, ist es jedem Menschen freigestellt, so zu leben und zu essen, wie er es für richtig hält; auch wenn dies den Traditionen der Mehrheitsgesellschaft widersprechen mag. Das heißt aber nicht, dass alle religiösen Strömungen aus liberaler Sicht als gleichwertig anzusehen sind. Religionskritik ist in einer liberalen Republik so selbstverständlich wie Kritik an säkularen Weltanschauungen. Maßstab liberaler Religionskritik ist der Beitrag der Religionen zum	Übernommen in veränderter Form: „Wir erwarten von religiösen Führern eine deutliche Absage an jegliche religiöse Begründung von Terror und Gewalt und ein Bekenntnis zum Respekt und zur Toleranz gegenüber Anders- oder Nichtgläubigen. In unserer Republik hat gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie Antisemitismus und Islamfeindlichkeit keinen Platz.“

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		<p>freiheitlichen und friedlichen Miteinander. Deshalb erwarten wir von religiösen Führern eine deutliche Absage an jegliche religiöse Begründung von Terror und Gewalt und ein Bekenntnis zum Respekt und zur Toleranz gegenüber Anders- oder Nichtgläubigen. In unserer Republik hat gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie zum Beispiel der Antisemitismus, aber auch die Feindlichkeit gegenüber Muslimen keinen Platz.</p>	
<p><b>Zeile 1578 - Antragsteller: Konstantin Kuhle (LV Niedersachsen) für den Bundesvorstand der Jungen Liberalen</b></p>			
175	<p>Füge ein nach folgen können.</p>	<p>Deshalb lehnen wir auch beispielsweise ein generelles Verbot der freiwilligen Verschleierung ab, soweit es nicht, etwa in öffentlichen Einrichtungen, im Einzelfall zur Identifizierung der Personalien oder nach dem Versammlungsrecht notwendig ist. Gleichzeitig müssen eventuelle private Zwänge, die Frauen zu einem bestimmten Verhalten drängt, konsequenter verfolgt und der Schutz vor häuslicher Gewalt verbessert werden.</p>	<p>Abstimmung mit Beratung</p>
<p><b>Zeile 1582 bis 1585 - Antragsteller: Andreas Keck (LV Bayern) für die Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand</b></p>			
176	<p>Streichung von "In diesem Zusammenhang" ... bis "bestimmte Moscheengemeinden."</p>		<p>Abstimmung ohne Beratung</p>
<p><b>Zeile 1592 bis 1592 - Antragsteller: Florian Rentsch (LV Hessen) für den Bundesfachausschuss Wirtschaft und Energie</b></p>			

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
177	Ersetzung Betriebsunabhängige Langzeitkonten	Förderung von Langzeitkonten	Abstimmung mit Beratung zusammen mit 178, 179 und 180
<b>Zeile 1593 bis 1594 - Antragsteller: Florian Rentsch (LV Hessen) für den Bundesfachausschuss Wirtschaft und Energie</b>			
178	Ersetzung von "fordern betriebsunabhängige" ... bis "Langzeitkonten für Arbeitszeit"	wollen Langzeitkonten für Arbeitszeit fördern	Abstimmung mit Beratung zusammen mit 177, 179 und 180
<b>Zeile 1613 bis 1617 - Antragsteller: Christoph Dammermann (LV Nordrhein-Westfalen), Alexander Müller (LV Hessen), Thomas Vollmar (LV Thüringen) und Christoph Jauch (LV Nordrhein-Westfalen)</b>			
179	Streichung von "Wir Freie Demokraten fordern" ... bis "sollen beseitigt werden."		Abstimmung mit Beratung zusammen mit 177, 178 und 180
<b>Zeile 1613 bis 1615 - Antragsteller: Florian Rentsch (LV Hessen) für den Bundesfachausschuss Wirtschaft und Energie</b>			
180	Ersetzung von "Wir Freie Demokraten fordern" ... bis "als heute übertragbar sein."	Wir appellieren an alle Arbeitgeber Langzeitkonten einzuführen, so dass sie bei einem Wechsel übertragen werden können.	Abstimmung mit Beratung zusammen mit 177, 178 und 179
<b>Zeile 1650 bis 1661 - Antragsteller: Florian Kußmann (LV Baden-Württemberg)</b>			
181	Ersetzung von "Positivkriterien für	<b>Positivkriterien für Selbstständige</b>	Übernommen in veränderter Form: „Die Vertragsfreiheit zwischen... bis Rechtssicherheit

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
	Selbstständige" ... bis "alles andere ist unfair."	Die Vertragsfreiheit zwischen Auftraggeber und -nehmer muss gewahrt bleiben. Um zu verhindern, dass Freelancer wie z.B. im Bereich der IT, dem Ingenieurwesen, der Unternehmensberatung oder bei Honorarärzten als Scheinselbstständige eingeordnet werden, braucht es moderne Positivkriterien. Denn die bisher angewendeten Negativkriterien im Rahmen des Statusfeststellungsverfahrens (§ 7a SGB IV) sind aus der Zeit gefallen und passen nicht mehr auf eine moderne Projektwirtschaft. Das bisherige Verfahren ist langwierig, im Ergebnis unvorhersehbar und bietet damit weder Verfahrens- noch Rechtssicherheit für die Beteiligten. Hier braucht es ein Schnellverfahren, das Auftraggeber und -nehmer wieder Rechts- und Planungssicherheit für einen gewissen Zeitraum in der Zukunft gibt. Die Überregulierung mit veralteten, bürokratischen Verfahren gefährdet für die Wirtschaft unverzichtbare Dienstleistungsmodelle. Freiwillig Selbstständige, die wirtschaftlich nicht schutzbedürftig sind, dürfen in ihrem Grundrecht auf freie Berufsausübung nicht beeinträchtigt werden.	für die Beteiligten.“ ohne Nennung des Paragrafen des Statusfeststellungsverfahrens als Einschub in Zeile 1651 bis 1656. Danach weiter mit ...“Für Freiberufler und Selbstständige“...
<b>Zeile 1661 - Antragsteller: Andreas Keck (LV Bayern) für die Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand</b>			
182	Füge ein nach unfair.	Insgesamt ist Selbständigkeit zu fördern und nicht zu bekämpfen. Notwendige und wünschenswerte soziale Absicherung soll nicht über immer schärfere Kriterien für „Scheinselbständigkeit“ erreicht werden, sondern über z. B. verpflichtende Nachweise einer Altersvorsorge.	Abstimmung ohne Beratung

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
<b>Zeile 1661 - Antragsteller: Andreas Keck (LV Bayern) für die Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand und Landesfachausschuss Wirtschaft Bayern</b>			
183	Füge ein nach unfair.	Insgesamt ist Selbständigkeit zu fördern und nicht zu bekämpfen. Notwendige und wünschenswerte soziale Absicherung soll nicht über immer schärfere Kriterien für „Scheinselbständigkeit“ erreicht werden, sondern über z. B. verpflichtende Nachweise einer Altersvorsorge.	Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 1684 - Antragsteller: Jochen Haußmann (LV Baden-Württemberg) und Pascal Kober (LV Baden-Württemberg)</b>			
184	Füge ein nach ...Patientinnen und Patienten fördern.“	Dieser erhöhte Gestaltungsspielraum ersetzt jedoch nicht die Krankenhausplanung und Investitionsförderung der Länder. Hier fordern wir eine stärkere Schwerpunktbildung um Qualität und Wirtschaftlichkeit der Krankenhausversorgung zu erhöhen. Die Länder müssen ihren Investitionsverpflichtungen nachkommen.	Erledigt durch Übernahme von AA „Starke stationäre Versorgung“ in Zeile 1736 nach „überlasten.“
<b>Zeile 1698 bis 1701 - Antragsteller: Jochen Haußmann (LV Baden-Württemberg) und Pascal Kober (LV Baden-Württemberg)</b>			
185	Ersetzung Jede Bürgerin und jeder Bürger... bis ... privaten Krankenversicherung entscheidet.	Wir Freie Demokraten wollen die Möglichkeiten vereinfachen, zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung zu wechseln.	Übernommen als Ergänzung in Zeile 1701 hinter „...entscheidet.“
<b>Zeile 1718 - Antragsteller: Thomas L. Kemmerich (LV Thüringen), Dr. Thomas Nitzsche (LV Thüringen), Robert-Martin Montag (LV Thüringen), Tim Wagner (LV Thüringen), Jan Siegemund (LV Thüringen), Patrick Frisch (LV Thüringen) für den Landesverband Thüringen</b>			

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
186	Füge ein nach Basis zu stellen.	<p>Zeile 3229 bis Zeile 3240: <b>Ambulante Versorgung stärken</b></p> <p>Wir Freie Demokraten wollen, dass die ambulante ärztliche Versorgung und die Niederlassung in eigener Praxis mit Übernahme einer langfristigen, wohnortnahen Verantwortung für die Patientenversorgung wieder an Attraktivität gewinnt. Die niedergelassenen Haus- und Fachärzte sind die Basis der flächendeckenden und hochwertigen ambulanten ärztlichen Versorgung in unserem Land. Besonders die demografische Entwicklung und die Zunahme des Anteils älterer Menschen erfordert ein gutes Angebot in diesem Bereich. Die ambulante ärztliche Versorgung und die Orientierung auf die häusliche Umgebung erleichtert zudem die Einbeziehung der Pflege und weiterer medizinischer Berufe. Hier steht der Patient im Mittelpunkt. Zentralisierte Versorgungsformen haben sich bisher nur punktuell als praktikabel erwiesen.</p>	Übernommen gemeinsam mit V1 278
<b>Zeile 1735 - Antragsteller: Thorsten Baumgart (LV Nordrhein-Westfalen)</b>			
187	Füge ein nach niemanden überlasten.	<p><b>Sicherstellung der flächendeckenden ärztlichen Versorgung</b></p> <p>In einigen ländlichen Regionen zeichnet sich bereits eine ärztliche Unterversorgung ab. Mit Blick auf die Altersstruktur von niedergelassenen Ärzten in bestimmten Regionen, ist eine weitere Verschärfung dieser Situation zu erwarten. Eine wohnortnahe ärztliche Versorgung bedeutet Lebensqualität und ist für viele Menschen zwingend erforderlich. Wir Freie</p>	Abstimmung ohne Beratung

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		<p>Demokraten werden gezielte Strategien zur Sicherstellung der flächendeckenden ärztlichen Versorgung erarbeiten. Dazu kann die z.B. Förderung der Einrichtung medizinischer Fakultäten an ausgewählten Universitäten gehören. Denn eine mehrjährige Ausbildung von Medizinerinnen und Medizinern an einem Standort, kann zu einem sog. „Klebeeffekt“ in der Region führen.</p>	
<b>Zeile 1735 - Antragsteller: Thomas Seerig (LV Berlin) für den Kreisverband Berlin-Steglitz</b>			
188	Füge ein nach niemanden überlasten.	<p>Die Vergütungssystematik (DRG) und die damit verbunden Anreizstrukturen für die Krankenhäuser haben zu einem erhöhten Qualitätsrisiko für die Patienten, zu einer kaum mehr verantwortbaren Arbeitsbelastung der Mitarbeiter und zu einer massiven Steigerung der Verwaltungskosten geführt. Der durch die Bundesländer zu verantwortende Investitionstau im Krankenhausbereich beträgt ca. 40 Mrd. Euro. Wir wollen die vorhandenen Strukturen für eine moderne, digitalisierte, qualitätsorientierte und angemessen bezahlte Gesundheitsversorgung planvoll weiterentwickeln, damit die Menschen alle notwendigen Leistungen mit anerkannter Qualität erhalten. Die Arbeitsbedingungen müssen den komplexen Anforderungen gerecht werden, um die Attraktivität der Gesundheitsberufe zu steigern. Wir wollen die ambulante medizinische Versorgung und die Notfallversorgung in allen Regionen über 24 Stunden an 365 Tagen mit der Kompetenz in den Fachgebieten Innere Medizin/Allgemeinmedizin, Chirurgie,</p>	Erledigt durch Übernahme von ÄA „Starke stationäre Versorgung“ in Zeile 1736 nach „überlasten.“

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		Gynäkologie/Geburtshilfe sicherstellen.	
<b>Zeile 1736 - Antragsteller: Franziska Müller-Rech (LV Nordrhein-Westfalen) und Susanne Schneider (LV Nordrhein-Westfalen)</b>			
189	Füge ein nach Neues Unterkapitel nach Zeile 1736 einfügen	<p><b>Geburtshilfe in Deutschland sichern, Hebammen stärken</b></p> <p>Wir freie Demokraten halten daran fest, dass Gebärende sich selbst entscheiden dürfen, ob sie in einer Geburtshilfeklinik, in einem Geburtshaus oder zu Hause entbinden möchten, falls keine medizinischen Gründe dagegen sprechen.</p> <p>Um den Hebammenberuf und die Geburtshilfe zu stärken, setzen wir uns dafür ein, dass Geburtshilfe künftig besser vergütet wird. Dabei müssen die massiv gestiegenen Kosten und die hohe Verantwortung der Geburtshilfe berücksichtigt werden. Die Bundesregierung muss endlich Wege finden, die Haftpflichtversicherungsprobleme der Hebammen zu lösen. Wir wollen daher die Einführung eines steuerfinanzierten Haftungsfonds prüfen.</p>	Übernommen
<b>Zeile 1753 bis 1778 - Antragsteller: Jochen Haußmann (LV Baden-Württemberg) und Pascal Kober (LV Baden-Württemberg)</b>			
190	Ersetzung Wir Freie Demokraten...bis ...Arzneimittelwesen ausgebaut werden.	<p>Wir Freie Demokraten wollen die flächendeckende Versorgung mit rezeptpflichtigen Arzneimitteln rund um die Uhr sowie die qualifizierte Beratung von Patientinnen und Patienten erhalten.</p> <p>Im Mittelpunkt steht dabei die Gewährleistung der Sicherheit</p>	Öffnung der Debatte zusammen mit Anträgen 300, 301 und 302 sowie Änderungsanträge V1 191, 192, 193 und 195 und V2 41, 42 und 43.

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		<p>bei der Versorgung mit verschreibungspflichtigen Medikamenten für die Patientinnen und Patienten. Durch die Entscheidung des EuGH, wonach sich ausländische Apotheken nicht an die in Deutschland geltende Preisbindung halten müssen, ist eine Wettbewerbsverzerrung entstanden. Die Gewährung von Rabatten bei verschreibungspflichtigen Arzneimittel führt zu Rosinenpickerei und Fehlanreizen.</p> <p>Wir setzen uns für faire Rahmenbedingungen zwischen inländischen Apotheken und ausländischen Versandapotheken ein und möchten die inhabergeführten Apotheken in Deutschland stärken.</p> <p>Dabei wollen wir eine ausführliche Expertenanalyse durchführen, welche Alternativen zu einem Versandhandelsverbot möglich sind. Die Freien Demokraten schließen aber ein befristetes Untersagen des Versandhandels nicht generell aus.</p>	
<p><b>Zeile 1757 bis 1758 - Antragsteller: Dr. Martin Dickopp (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b></p>			
191	<p>Streichung von "und möchten die inhabergeführten" ... bis "in Deutschland stärken."</p>		<p>Öffnung der Debatte zusammen mit Anträgen 300, 301 und 302 sowie Änderungsanträge V1 190, 192, 193 und 195 und V2 41, 42 und 43.</p>
<p><b>Zeile 1757 bis 1757 - Antragsteller: Dr. Martin Dickopp (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b></p>			

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
192	Ersetzung ausländischen Versandapotheken	in- und ausländischen Versandapotheken	Öffnung der Debatte zusammen mit Anträgen 300, 301 und 302 sowie Änderungsanträge V1 190, 191, 193 und 195 und V2 41, 42 und 43.
<b>Zeile 1758 bis 1759 - Antragsteller: Albert Duin (LV Bayern) für den Landesverband Bayern</b>			
193	Streichung pauschales		Öffnung der Debatte zusammen mit Anträgen 300, 301 und 302 sowie Änderungsanträge V1 190, 191, 192 und 195 und V2 41, 42 und 43.
<b>Zeile 1764 - Antragsteller: Albert Duin (LV Bayern) für den Landesverband Bayern</b>			
194	Füge ein nach sicherstellt	Weitere Marktzugangshemmnisse wie das Fremdbesitzverbot müssen abgeschafft werden.	Übernommen
<b>Zeile 1768 bis 1769 - Antragsteller: Dr. Martin Dickopp (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b>			
195	Ersetzung ausländischen Versandapotheken	in- und ausländischen Versandapotheken	Öffnung der Debatte zusammen mit Anträgen 300, 301 und 302 sowie Änderungsanträge V1 190, 191, 192 und 193 und V2 41, 42 und 43.
<b>Zeile 1801 bis 1814 - Antragsteller: Dagmar Weiner (LV Hessen)</b>			
196	Streichung Kontrollierte Freigabe von Cannabis ---eingesetzt werden.		Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 1916 bis 1918 - Antragsteller: Albert Duin (LV Bayern) für den Landesverband Bayern</b>			

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
197	Streichung von "Um Rechtsklarheit gegenüber" ... bis "miteinander verwandt sein."		Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 1922 - Antragsteller: Daniela Langer (LV Berlin) für den Landesverband Berlin und Dr. Christopher Gohl (LV Baden-Württemberg)</b>			
198	Füge ein nach Rassismus	und Antisemitismus	Übernommen in veränderter Form: In Überschrift Streichung „Rassismus“
<b>Zeile 1924 - Antragsteller: Daniela Langer (LV Berlin) für den Landesverband Berlin Dr. Christopher Gohl (LV Baden-Württemberg)</b>			
199	Füge ein nach Rassismus	und Antisemitismus	Übernommen
<b>Zeile 1934 bis 1935 - Antragsteller: Alexander Müller (LV Hessen)</b>			
200	Streichung von "Die Krankenkassen müssen" ... bis "Transsexualität übernehmen."		Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 1944 bis 1944 - Antragsteller: Nicola Beer (LV Hessen) für Programmkommission</b>			
201	Ersetzung Auch	Jenseits von falschen Tatsachenbehauptungen sind auch	Übernommen
<b>Zeile 1945 bis 1945 - Antragsteller: Nicola Beer (LV Hessen) für Programmkommission</b>			

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
202	Streichung sind		Übernommen
<b>Zeile 1956 - Antragsteller: Antragsteller: Dr. Tina Pannes (LV Nordrhein-Westfalen)</b>			
203	Füge ein nach muss überall gelten.	Gleichzeitig müssen die Betreiber ihrer Verantwortung nachkommen und Strategien zum Umgang mit Hass-Postings entwickeln.	Übernommen
<b>Zeile 1958 bis 1972 - Antragsteller: Frank Schäffler (LV Nordrhein-Westfalen), Alexander Müller (LV Hessen), Christoph Dammermann (LV Nordrhein-Westfalen), Thomas Vollmar (LV Thüringen) und Christoph Jauch (LV Nordrhein-Westfalen) für den Bezirksverband Ostwestfalen-Lippe</b>			
204	Ersetzung von "Wir Freie Demokraten fordern" ... bis "Hälfte gesenkt werden kann."	Wir Freien Demokraten fordern eine grundlegende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Die öffentlich-rechtlichen Sender sollen privatisiert werden, und aus dem Verkaufserlös entsteht ein Fonds zur Finanzierung von Medienproduktionen, die von allgemeinem öffentlichen Interesse sind. Der zwangsweise Rundfunkbeitrag kann damit abgeschafft werden.	Abstimmung mit Beratung
<b>Zeile 1966 - Antragsteller: Konstantin Kuhle (LV Niedersachsen) für den Bundesvorstand der Jungen Liberalen und Landesverband Bayern</b>			
205	Füge ein nach und Information.	Insbesondere Unterhaltungs- und Sportsendungen soll er dagegen künftig nicht mehr übertragen, um nicht weiter in Konkurrenz zum ausreichenden privaten Angebot zu treten.	Abstimmung mit Beratung
<b>Zeile 1972 - Antragsteller: Dr. Christopher Gohl (LV Baden-Württemberg), Dr. Jens Brandenburg (LV Baden-Württemberg) und Pascal Kober (LV</b>			

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
<b>Baden-Württemberg) für die Kommission Freiheit und Ethik</b>			
206	<p>Füge ein nach Neuer Abschnitt am Ende des Kapitels "Selbstbestimmt in allen Lebenslagen" als letzter Teil desselben</p>	<p><b>Modernisierung unserer Demokratie</b></p> <p><b>Für uns Freie Demokraten lebt die liberale Demokratie von engagierten Bürgerinnen und Bürger, die mitbestimmen können.</b></p> <p>Selbstbestimmung in allen Lebenslagen heißt demokratische Mitbestimmung unterhalb der repräsentativen Demokratie. Unsere Republik braucht engagierte und mutige Bürgerinnen und Bürger, die jenseits der Teilnahme an Wahlen Verantwortung übernehmen. Wir stärken die liberale Demokratie als Lebensform, indem wir ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement, den punktuellen Einsatz professionell moderierter Bürgerbeteiligung sowie den probeweisen Ausbau von Instrumenten der direkten Demokratie auf kommunaler Ebene und Landesebene unterstützen. Wir fordern zudem die Einsetzung einer Enquete-Kommission zur Modernisierung der parlamentarischen Demokratie.</p> <p><b>Parlamente stärken: Dauerwahlkampf beenden, Amtszeiten für Bundeskanzler begrenzen</b></p> <p>Wir Freie Demokraten wollen die parlamentarische Arbeit vom Dauerwahlkampf befreien, damit effektive Gesetzgebung und Kontrolle möglich wird. Deshalb</p>	<p>Abstimmung mit Beratung</p>

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		<p>sollen Legislaturperioden durchgängig auf fünf Jahre verlängert und die Wahltermine in den Ländern stärker als bisher gebündelt werden. Gleichzeitig sollen Bundeskanzler und Ministerpräsidenten künftig maximal zwei Legislaturperioden hintereinander antieren dürfen, um die Machtkonzentration gegenüber dem Parlament zu verhindern, den regelmäßigen demokratischen Wechsel zu fördern und von den Zwängen der Wiederwahl befreite, langfristig verantwortliche Politik zu ermutigen.</p> <p><b>Bürger und Parlamente durch Bürgerplenarverfahren aufwerten</b></p> <p>Wir Freie Demokraten wollen das Bürgerplenarverfahren einführen. Um den Austausch zwischen Parlamenten und Bürgern zu fördern sowie Bürgerinnen und Bürger und die Bedeutung der Parlamente zugleich zu stärken, wollen wir in Weiterentwicklung des Petitionsverfahren das Bürgerplenarverfahren einführen, damit Bürgerinnen und Bürger bei Erfüllung eines Quorums Themen auf der Tagesordnung des Parlamentes setzen können („Bürgerstunde“). Kommunale Vertretungen sollen ihre Repräsentativität durch die Möglichkeiten des Kumulierens und Panaschieren steigern.</p>	

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
<b>Zeile 2020 bis 2020 - Antragsteller: Dr. Christopher Gohl (LV Baden-Württemberg)</b>			
207	Ersetzung wie sie schon	weil sie auch	Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 2023 - Antragsteller: Dr. Tim Stuchtey (LV Berlin)</b>			
208	Füge ein nach erweitert werden.	Deshalb fordern wir die Schaffung eines deutsch-amerikanischen Jugendwerks, um bestehende Programme effektiv zu ergänzen und neue Gruppen zu erreichen.	Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 2054 bis 2056 - Antragsteller: Holger Flöge (LV Niedersachsen)</b>			
209	Ersetzung von "Wir Freie Demokraten bekennen" ... bis "und Missionen mit ein."	Wir Freie Demokraten bekennen uns uneingeschränkt zur NATO, denn die NATO ist ein konkurrenzlos erfolgreiches Sicherheitsbündnis und soll auch in Zukunft als Garant für unsere Sicherheit stehen. Das bedeutet, dass wir die jüngsten Beschlüsse der Allianz von Wales und Warschau in vollem Umfange mittragen: Stärkung des Abschreckungs- und Verteidigungsdispositivs der NATO, einhergehend mit gleichzeitigem Dialog mit Russland. Darüber hinaus wollen wir das Atlantische Bündnis stärken und weiterentwickeln. Dazu gehört einerseits die weitere Anhebung des Verteidigungsetats Richtung der vereinbarten 2% Marke bis 2024, andererseits die Verwendung dieser Mittel in die dringend benötigten Fähigkeiten und Ressourcen, die Deutschland für seine Sicherheit selbst aufbringen muss. Letzteres kommt vorrangig auch der Europäischen Union zu Gute: Wir wollen dadurch den europäischen Pfeiler in der	Übernommen in veränderter Form: Wir Freie Demokraten bekennen uns uneingeschränkt zur NATO, denn die NATO ist ein konkurrenzlos erfolgreiches Sicherheitsbündnis und soll auch in Zukunft als Garant für unsere Sicherheit stehen. Das bedeutet, dass wir die jüngsten Beschlüsse der Allianz von Wales und Warschau in vollem Umfange mittragen: Stärkung des Abschreckungs- und Verteidigungsdispositivs der NATO, einhergehend mit gleichzeitigem Dialog mit Russland. Darüber hinaus wollen wir das Atlantische Bündnis stärken und weiterentwickeln. Dazu gehört einerseits die weitere Anhebung des Verteidigungsetats bis 2024, andererseits die Verwendung dieser

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		<p>NATO stärken und damit zur Stärkung der Handlungsfähigkeit der EU beitragen. Darüber hinaus wollen wir uns für eine intensivere Zusammenarbeit zwischen NATO und EU einsetzen. Wir wollen eine Konkurrenz zwischen den europäischen Sicherheitsinstitutionen verhindern. Nur komplementäres Handeln von NATO und EU trägt dazu bei, auf die heutigen und künftigen sicherheitspolitischen Herausforderungen angemessen reagieren zu können. Deutschland muss sich seiner Verantwortung als europäische Mittelmacht stärker bewusst werden und diese – aktiver als bisher – wahrnehmen. Dies schließt eine stärkere Beteiligung an Einsätzen und Missionen, aber auch an einsatzgleichen Verpflichtungen wie z.B. Teilnahme an der NATO Response Force oder an der verstärkten Vornepräsenz im Baltikum und Polen ein.</p>	<p>Mittel in die dringend benötigten Fähigkeiten und Ressourcen, die Deutschland für seine Sicherheit selbst aufbringen muss. Letzteres kommt vorrangig auch der Europäischen Union zu Gute: Wir wollen dadurch den europäischen Pfeiler in der NATO stärken und damit zur Stärkung der Handlungsfähigkeit der EU beitragen. Darüber hinaus wollen wir uns für eine intensivere Zusammenarbeit zwischen NATO und EU einsetzen. Wir wollen eine Konkurrenz zwischen den europäischen Sicherheitsinstitutionen verhindern. Nur komplementäres Handeln von NATO und EU trägt dazu bei, auf die heutigen und künftigen sicherheitspolitischen Herausforderungen angemessen reagieren zu können. Deutschland muss sich seiner Verantwortung als europäische Mittelmacht stärker bewusst werden und diese – aktiver als bisher – wahrnehmen. Dies schließt eine stärkere Beteiligung an Einsätzen und Missionen, aber auch an einsatzgleichen Verpflichtungen wie z.B. Teilnahme an der NATO Response Force oder an der verstärkten Vornepräsenz im Baltikum und Polen ein.</p>
<p><b>Zeile 2055 bis 2056 - Antragsteller: Holger Flöge (LV Niedersachsen)</b></p>			
210	Streichung		Abstimmung ohne Beratung

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
	von "Denn die NATO ist das" ... bis "Sicherheitsbündnis aller Zeiten."		
<b>Zeile 2062 bis 2065 - Antragsteller: Holger Flöge (LV Niedersachsen)</b>			
211	Streichung von "Um die Fähigkeitslücke" ... bis "Sektors weiter vorantreiben."		Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 2063 - Antragsteller: Albert Duin (LV Bayern) für den Landesverband Bayern</b>			
212	Füge ein nach Staaten	das vereinbarte Ziel von Verteidigungsausgaben in Höhe von 2% des BIP erreichen und	Erledigt durch Übernahme V1 209
<b>Zeile 2077 - Antragsteller: Daniela Langer (LV Berlin) für den Landesverband Berlin Dr. Christopher Gohl (LV Baden-Württemberg)</b>			
213	Füge ein nach Nach dem Absatz "Verstärkte Kooperation mit den östlichen Nachbarn der EU" einen neuen Absatz einfügen	Fortsetzung des deutschen Engagements beim Friedensprozess im Nahen Osten  Wir Freie Demokraten setzen uns für eine unverminderte Fortsetzung des deutschen Engagements beim Friedensprozess im Nahen Osten ein. Dabei bleibt die Grundlage unserer Politik und Staatsräson das Bekenntnis zum Existenzrecht Israels. Wir treten dabei für ein ausverhandeltes Zwei-Staaten-Modell mit festen Grenze ein, bei dem Israel und ein unabhängiger palästinensischer Staat nebeneinander in Sicherheit und Frieden leben können. Dabei wollen wir ausdrücklich die guten Erfahrungen beim europäischen Friedens- und Einigungsprozess mit	Übernommen

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		einbringen.	
<b>Zeile 2078 bis 2078 - Antragsteller: Götz Galuba (LV Berlin) für den BV Friedrichshain-Kreuzberg</b>			
214	Ersetzung beenden	aussetzen	Abstimmung mit Beratung zusammen mit V2 51
<b>Zeile 2105 - Antragsteller: Frank Schäffler (LV Nordrhein-Westfalen), Carlos A. Gebauer (LV Nordrhein-Westfalen), Christoph Dammermann (LV Nordrhein-Westfalen), Alexander Müller (LV Nordrhein-Westfalen), Olaf in der Beek, Christoph Jauch (LV Nordrhein-Westfalen), Thomas Vollmar (LV Thüringen) und Marcel Schneider (LV Nordrhein-Westfalen)</b>			
215	Füge ein nach nicht in Frage.	<p>Doch wenn die EU dauerhaft Akzeptanz und neue Anziehungskraft in den Ländern Europas finden will, muss sie flexibler und durchlässiger werden. Und sie muss offen sein für neue Formen der Kooperation.</p> <p>Ein Schritt dahin wäre es, wenn die Europäische Union den britischen Bürgern einseitig die Personenfreizügigkeit in der Europäischen Union anbieten würde – ohne Bedingungen und ohne finanzielle Verpflichtungen. Das wäre kein Geschenk an die britische Regierung, sondern im Interesse der Unternehmen und Bürger in der verbleibenden EU.</p>	Abstimmung mit Beratung
<b>Zeile 2112 bis 2112 - Antragsteller: Dr. Martin Dickopp (LV Berlin)</b>			
216	Ersetzung Handy	Smartphone	Übernommen
<b>Zeile 2147 bis 2147 - Antragsteller: Dr. Martin Dickopp (LV Berlin)</b>			

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
217	Ersetzung Cybersecurity	Cybersicherheit	Übernommen
<b>Zeile 2149 bis 2150 - Antragsteller: Dr. Martin Dickopp (LV Berlin)</b>			
218	Ersetzung Datensicherheit	Cybersicherheit	Übernommen
<b>Zeile 2152 bis 2152 - Antragsteller: Dr. Martin Dickopp (LV Berlin)</b>			
219	Ersetzung Datensicherheit	Cybersicherheit	Übernommen
<b>Zeile 2161 - Antragsteller: Thomas Möhle (LV Niedersachsen) und Konrad Greilich (LV Hessen)</b>			
220	Füge ein nach nach "verdeutlichen."	Durch die faktische Asymetrie im Kosten-/Nutzenfaktor zwischen Offensiv- und Defensivmaßnahmen ist besonders Augenmerk auf die Defensivkapazitäten der Bundesrepublik zu legen. Dazu gehörten Investitionen in verbesserte Ausbildung von IT-Personal und vor allem ein offenerer und verantwortungsvollerer Umgang deutscher Behörden mit gefundenen oder gekauften Sicherheitslücken.	Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 2161 - Antragsteller: Thomas Möhle (LV Niedersachsen) und Konrad Greilich (LV Hessen)</b>			
221	Füge ein nach nach "verdeutlichen."	Um innerbehördlichen Konflikten vorzubeugen muss darüber hinaus das BSI analog zur Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit aus der Zuständigkeit des BMIs befreit und als eigenständige und	Übernommen in veränderter Form: „Um innerbehördlichen Konflikten vorzubeugen wollen wir darüber hinaus das BSI analog zur Bundesbeauftragten für den Datenschutz und

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		unabhängige Bundesbehörde agieren können.	die Informationsfreiheit aus der Zuständigkeit des BMIs befreien, damit es als eigenständige und unabhängige Bundesbehörde agieren kann.“
<b>Zeile 2161 - Antragsteller: Thomas Möhle (LV Niedersachsen)</b>			
222	Füge ein nach nach "verdeutlichen."	Wir fordern eine Reform des derzeit vor allem aus bürokratischen Hürden bestehenden IT-Sicherheitsgesetzes durch Maßnahmen, die tatsächlich die Sicherheit in der Praxis verbessern. Dabei sollte der Fokus vor allem auf Stärkung und Förderung von Defensivmaßnahmen, wie der Reduzierung des Schadenpotenzials möglicher Schwachstellen sowie Investitionen in das Auffinden und Beseitigen von Schwachstellen liegen. Wichtig ist zudem, dass Anreize bestehen, potenzielle Schäden für Dritte (z.B. Kundendaten oder Infrastruktur Dritter) auch dann für Unternehmen und Institutionen als Schützenswert zu betrachten, wenn sie nicht direkt im Zusammenhang mit ordinären wirtschaftlichen Interessen stehen	Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 2187 bis 2187 - Antragsteller: Dr. Martin Dickopp (LV Berlin)</b>			
223	Ersetzung der	die	Übernommen
<b>Zeile 2187 - Antragsteller: Konstantin Kuhle (LV Niedersachsen) für den Bundesvorstand der Jungen Liberalen und Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (LV Bayern) für den Landesverband Bayern</b>			

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
224	Füge ein nach Datenschutzstandards respektiert.	<p><b>No-Spy-Abkommen zwischen den EU-Staaten</b>            Wir Freie Demokraten wollen ein No-Spy-Abkommen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Dadurch verpflichten sich alle Mitglieder der Europäischen Union, sich nicht gegenseitig auszuspionieren. Denn gegenseitige Spionage unter europäischen Partnern widerspricht der EU-Grundrechtscharta, den Regeln des Binnenmarktes und vor allem einem vertrauensvollen Umgang miteinander.</p>	Übernommen
<p><b>Zeile 2195 - Antragsteller: Thorsten Baumgart (LV Nordrhein-Westfalen)</b></p>			
225	Füge ein nach nicht verhandelbar.	Wir lehnen deshalb auch jede Form von festgelegten Obergrenzen bei der Gewährung von Asyl klar ab. Eine solche Obergrenze würde dem Grundgesetz widersprechen.	Übernommen
<p><b>Zeile 2241 bis 2243 - Antragsteller: Albert Duin (LV Bayern) für den Landesverband Bayern</b></p>			
226	Ersetzung von ",insbesondere zwischen" ... bis "Entwicklungszusammenarbeit"	und der Europäischen Union, insbesondere zwischen Wirtschafts-, Außen-, Handels- und Entwicklungspolitik sowie in Abstimmung mit der europäischen Entwicklungszusammenarbeit. Hierzu gehört auch eine Überprüfung der Auswirkungen der Agrar-Export-Subventionen.	Übernommen
<p><b>Zeile 2253 bis 2284 - Antragsteller: Dagmar Weiner (LV Hessen)</b></p>			

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
227	Ersetzung Reformen...andererseits.	<p>Reformen für eine bessere EU.</p> <p>Wir müssen die EU besser machen. Bundesregierung und Bundestag müssen ihre Gesetzgebungskompetenz intensiver beanspruchen und nationale Kompetenzen schneller wahrnehmen; eine Reihe von Verträgen sind nach- bzw. neu zu verhandeln mit dem Ziel, Kompetenzen von der EU zurück zu holen.</p> <p>Wir Freien Demokraten treten für eine EU ein, deren Mitgliedschaft sich für alle Staaten wirklich lohnt und diese wachsen und frei gedeihen lässt. Deshalb wollen wir uns für folgende Schritte einsetzen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Neudefinition der zentralen Themen, bei denen die Gemeinschaft der 27 souveränen Mitgliedsstaaten zusammen tatsächlich stärker ist. Die Zusammenarbeit bei diesen Themen, vom Schutz der Außengrenzen über die Vollendung des Binnenmarktes bis zum Schutz vor Kriminalität muss ausgebaut und gestärkt werden.</li> <li>2. Bei allen anderen Themen soll zu einem strikten Prinzip der Subsidiarität zurückgekehrt werden. Und: Was Brüssel nicht für alle regeln muss, sollte es nicht für alle regeln dürfen. Von den nicht mehr zu durchschauenden und mit überbordender Bürokratie verbundenen Subventions- und Förderungsmechanismen bis zur Förderpolitik von</li> </ol>	Abstimmung ohne Beratung

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		<p>Ländern außerhalb der EU muss genau überprüft werden, was sinnvoll ist und was nicht. Die Ausgabenpolitik der Kommission muss einer strengen Kontrolle unterworfen werden. Die Rückübertragung von Kompetenzen an die nationalen Parlamente soll möglich gemacht werden, damit einzelne Sachthemen (z.B. Kennzeichnungspflichten, Herkunftsbezeichnungen, Abfallwirtschaft, Umweltschutz, etc.) von den Mitgliedstaaten geregelt werden können.</p> <p>2. Es besteht die dringende Notwendigkeit, Ziel und Zweck der Europäischen Union politisch und juristisch neu zu definieren, statt zu hoffen, dass sich die Dinge schon von alleine in die am Ende für alle richtige Richtung entwickeln werden. Es muss uns um einen sinnvollen Umbau im Sinne eines konföderalen Europas und nicht um einen permanenten Ausbau oder eine permanente Vertiefung gehen. Nur dann können Demokratie, Subsidiarität, Freiheit und soziale Marktwirtschaft gewahrt werden. Die Menschen in der EU brauchen beides, Identität und Selbstbestimmung in der kulturellen Vielfalt unseres Kontinents ebenso wie offene Grenzen, Bewegung und Neugier für Austausch und Zusammenarbeit. Eine Neuaufstellung der EU muss</p>	

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		beidem gerecht werden, statt die Bürger einzuengen und zu kontrollieren.	
<b>Zeile 2267 - Antragsteller: Michael Kauch (LV Nordrhein-Westfalen) für den Bundesfachausschuss Arbeit und Soziales</b>			
228	Füge ein nach gelungene Integration.	Zu einer starken Gemeinschaft gehört es, das Subsidiaritätsprinzip in der EU zu wahren. Deshalb sind die Vorschläge der Europäischen Kommission zu einer sozialen Säule Europas nicht zielführend. Wir sprechen uns hier nachdrücklich gegen eine Einflussnahme der Europäischen Union im Rahmen von verpflichtenden Rechtsakten aus. Jeder Mitgliedsstaat muss nach wie vor für seine eigene Arbeitsmarktpolitik, sein soziales Sicherungssystem und seine finanzielle Unterstützung sozial Schwacher selbst verantwortlich bleiben. Deshalb erteilen wir insbesondere einer gemeinsamen europäischen Arbeitslosenversicherung eine klare Absage.	Übernommen
<b>Zeile 2295 - Antragsteller: Konstantin Kuhle (LV Niedersachsen) für den Bundesvorstand der Jungen Liberalen</b>			
229	Füge ein nach Menschenrechte erzielt werden.	Daher soll sie auch Aufgaben der Hochseerettung im Mittelmeer wahrnehmen, um weitere Tote durch kenternde Schlepperboote zu verhindern.	Übernommen
<b>Zeile 2297 bis 2297 - Antragsteller: Holger Flöge (LV Niedersachsen)</b>			

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
230	Ersetzung echte	wirksame	Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 2306 bis 2308 - Antragsteller: Albert Duin (LV Bayern) für den Landesverband Bayern</b>			
231	Ersetzung von "Vielmehr sollen auch" ... bis "und Sicherheit erhöht."	Einzelne EU-Staaten sollten im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit gemeinsam handeln können, wenn es ihre Fähigkeiten und Sicherheit erhöht.	Übernommen
<b>Zeile 2321 bis 2338 - Antragsteller: Christoph Dammermann (LV Nordrhein-Westfalen), Guido Müller (LV Nordrhein-Westfalen), Christoph Jauch (LV Nordrhein-Westfalen), Alexander Müller (LV Hessen), Frank Schäffler (LV Nordrhein-Westfalen), Marcel Schneider (LV Nordrhein-Westfalen) und Thomas Vollmar (LV Thüringen)</b>			
232	Streichung von "Die Europäische Union" ... bis "unvorhersehbar macht."		Abstimmung mit Beratung zusammen mit 233
<b>Zeile 2321 bis 2338 - Antragsteller: Dagmar Weiner (LV Hessen)</b>			
233	Streichung Die Europäische Union braucht eine Europäische Armee....unvorhersehbar macht.		Abstimmung mit Beratung zusammen mit 232
<b>Zeile 2332 bis 2333 - Antragsteller: Holger Flöge (LV Niedersachsen)</b>			
234	Streichung von "Ein gemeinsames Hauptquartier" ... bis		Abstimmung ohne Beratung

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
	"supranationalen Korps hervorgehen."		
<b>Zeile 2338 - Antragsteller: Holger Flöge (LV Niedersachsen)</b>			
235	Füge ein nach macht.	Als Voraussetzung muss die politische Integration vorangetrieben werden.	Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 2413 bis 2415 - Antragsteller: Dr. Martin Dickopp (LV Berlin)</b>			
236	Ersetzung von "und ein EU-Nachrichtendienst" ... bis "rechenschaftspflichtig sind."	werden, welche dem EU-Parlament gegenüber rechenschaftspflichtig ist.	Abstimmung mit Beratung
<b>Zeile 2441 bis 2441 - Antragsteller: Dr. Martin Dickopp (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b>			
237	Streichung , beispielsweise mittels elektronischer Fußfessel		Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 2472 - Antragsteller: Albert Duin (LV Bayern) für den Landesverband Bayern</b>			
238	Füge ein nach .	Langfristig sollte die Bundeswehr Teil einer Europäischen Armee werden und der Parlamentsvorbehalt auf das Europäische Parlament übergehen.	Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 2476 - Antragsteller: Thorsten Baumgart (LV Nordrhein-Westfalen)</b>			
239	Füge ein nach	Die Prozesse zur Beschaffung neuer	Übernommen

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
	ausgestattet werden.	Ausrüstungsgegenstände gehören grundsätzlich auf den Prüfstand. Die Vergangenheit hat immer wieder gezeigt, dass es bei größeren Projekten qualitative, terminliche und kostentechnische Mängel gegeben hat.	
<b>Zeile 2540 - Antragsteller: Dr. Lutz Knopek (LV Niedersachsen)</b>			
240	Füge ein nach schnell an.	Eine überzogene Steuerpolitik kann auch einen Keil in die Bürgerschaft selbst treiben und die Gesellschaft spalten, wenn auf kommunaler Ebene ganz neue Steuern, wie z.B. die Pferdesteuer, eingeführt werden.	Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 2546 - Antragsteller: Jörg Weisse (LV Nordrhein-Westfalen)</b>			
241	Füge ein nach Familien	und Alleinerziehende	Übernommen
<b>Zeile 2573 - Antragsteller: Ralf Klapdor (LV Nordrhein-Westfalen)</b>			
242	Füge ein nach Anpassung des Steuertarifs	einschl. der Freibeträge, Freigrenzen und Pauschbeträge	Übernommen
<b>Zeile 2583 bis 2584 - Antragsteller: Thomas L. Kemmerich (LV Thüringen), Dr. Thomas Nitzsche (LV Thüringen), Robert-Martin Montag (LV Thüringen), Tim Wagner (LV Thüringen), Jan Siegemund (LV Thüringen), Patrick Frisch (LV Thüringen) für den Landesverband Thüringen</b>			
243	Ersetzung innerhalb der nächsten Legislaturperiode	bis Ende 2019	Übernommen

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
<b>Zeile 2584 - Antragsteller: Jan Zippel (LV Bayern)</b>			
244	Füge ein nach Legislaturperiode	vollständig	Erledigt durch Übernahme 243
<b>Zeile 2594 bis 2596 - Antragsteller: Ralf Klapdor (LV Nordrhein-Westfalen)</b>			
245	Ersetzung von "Bei Erbschaften zwischen" ... bis "Erbschaftsteuer anfällt."	Bei Erbschaften zwischen Ehegatten oder eingetragenen Lebenspartnern wollen wir, dass zukünftig <u>unter bestimmten Voraussetzungen</u> keine Erbschaftsteuer anfällt.  alternativ: Der besonderen Stellung von Ehe und eingetragener Lebenspartnerschaft wollen wir im Erbfall mit besonderen Freibeträgen Rechnung tragen.	Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 2599 - Antragsteller: Helge Ziegler (LV Bayern)</b>			
246	Füge ein nach einführen.	Einführung eines generellen Freibetrages bei der Grunderwerbsteuer von 500.000 Euro beim Erwerb von selbstgenutzten Immobilien	Abstimmung mit Beratung zusammen mit V2 61
<b>Zeile 2606 - Antragsteller: Helge Ziegler (LV Bayern)</b>			
247	Füge ein nach Prozent	Berücksichtigung der Grunderwerbsteuer beim Länderfinanzausgleich	Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 2637 - Antragsteller: Albert Duin (LV Bayern) für den Landesverband Bayern</b>			

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
248	Füge ein nach .	und dieser langfristig ausläuft	Übernommen
<b>Zeile 2638 bis 2638 - Antragsteller: Albert Duin (LV Bayern) für den Landesverband Bayern</b>			
249	Streichung dauerhaft		Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 2671 - Antragsteller: Konstantin Kuhle (LV Niedersachsen) für den Bundesvorstand der Jungen Liberalen und Thomas Kemmerich (LV Thüringen) für die Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand</b>			
250	Füge ein nach nach einem geregelten Verfahren	im Einvernehmen mit der Eurogruppe	Abstimmung mit Beratung
<b>Zeile 2695 - Antragsteller: Christian Grascha (LV Niedersachsen) für den Landesverband Niedersachsen</b>			
251	Füge ein nach zu befreien.	<p><b>Konsequente Anwendung des Bankenabwicklungsmechanismus und vernünftige Bankenregulierung</b></p> <p>Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass beim europäischen Bankenabwicklungsmechanismus die sogenannten „Bail-in“-Regeln und die damit vorgesehene Haftungsreihenfolge konsequent angewandt werden. Das bedeutet, dass im Insolvenzfall zunächst die Aktionäre und Gläubiger einer Bank in Haftung genommen werden. Erst dann können Mittel des gemeinsamen Abwicklungsfonds herangezogen werden, in den die europäischen Banken einzahlen. Staatliche Rekapitalisierung darf es allenfalls nur</p>	Übernommen

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		<p>in absoluten Ausnahmefällen und als fiskalisch neutrale Kredite geben, wenn die bisherigen Mittel nicht ausreichen und die Finanzstabilität gefährdet ist. Denn nur durch eine strikte Umsetzung gewinnt der europäische Bankenabwicklungsmechanismus an Glaubwürdigkeit und sendet das notwendige Signal an Banken und ihre Gläubiger, dass sie nicht ständig auf Staatskosten gerettet werden.</p> <p>Eine Vergemeinschaftung der Einlagensicherung im europäischen Raum lehnen wir ab.</p> <p>Wir Freie Demokraten wollen eine differenzierte Bankenregulierung, bei der kleine und mittlere Kreditinstitute entlastet werden. Die Regulierung ist in den vergangenen Jahren verschärft worden. Das ist im Grundsatz richtig, trifft aber unverhältnismäßig hart kleine und mittlere Institute, von denen aber weniger Risiken ausgehen als von großen Kreditinstituten.</p>	
<b>Zeile 2758 bis 2764 - Antragsteller: Christian Grascha (LV Niedersachsen) für den Landesverband Niedersachsen</b>			
252	Ersetzung von "Die Gewerbesteuer sollte" ... bis "Bemessungsgrundlage angeglichen werden. "	Die Schuldenbremse darf nicht aufgeweicht werden, sondern muss durch Sanktionen bei Verstößen ergänzt werden. Wir wollen eine „Schuldenbremse Plus“ mit Sanktionen im Grundgesetz nach dem Vorbild der Vorschläge des Sachverständigenrats verankern.	Abstimmung mit Beratung
<b>Zeile 2764 bis 2764 - Antragsteller: Jörg Weisse (LV Nordrhein-Westfalen)</b>			

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
253	Ersetzung von "Darüber hinaus wollen" ... bis "gegen die Schuldenbremse."	Darüber hinaus müssen bei gerügten Verstößen gegen die Schuldenbremse die bestehenden Klagemöglichkeiten genutzt werden.	Abstimmung mit Beratung
<b>Zeile 2769 bis 2770 - Antragsteller: Dr. Tina Pannes (LV Nordrhein-Westfalen)</b>			
254	Streichung von "Neuverschuldungen sollen" ... bis "beschlossen werden dürfen."		Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 2774 - Antragsteller: Jens Brandenburg (LV Baden-Württemberg) und Christopher Gohl (LV Baden-Württemberg) für die Kommission Freiheit und Ethik</b>			
255	Füge ein nach (...) Gesellschaft mehr davon.	Die Soziale Marktwirtschaft bildet mit Ihren Kernprinzipien von Ethik, Haftung und der Verantwortung des Einzelnen das Fundament unserer Wirtschaftsordnung. Ethisch verantwortetes Verhalten ist eine unverzichtbare Voraussetzung für die langfristige Stabilität und gesellschaftliche Akzeptanz dieser Ordnung.	Übernommen
<b>Zeile 2785 bis 2785 - Antragsteller: Thomas L. Kemmerich (LV Thüringen), Dr. Thomas Nietzsche (LV Thüringen), Robert-Martin Montag (LV Thüringen), Tim Wagner (LV Thüringen), Jan Siegemund (LV Thüringen), Patrick Frisch (LV Thüringen) für den Landesverband Thüringen</b>			
256	Ersetzung ebenfalls	innerhalb der nächsten Legislaturperiode auf 1000 Euro	Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 2828 - Antragsteller: Florian Rentsch (LV Hessen) für den Bundesfachausschuss Wirtschaft und Energie</b>			

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
257	Füge ein nach Industriestandort bleiben.	<p><b>Unternehmerische Freiräume stärken</b></p> <p>Wir Freie Demokraten wollen unternehmerische Freiräume stärken und bürokratische Belastungen vermindern. In dieser Legislaturperiode sind zusätzliche Belastungen, u.a. durch die Mindestlohndokumentationspflichtenverordnung, die Arbeitsstättenverordnung und das Entgeltgleichheitsgesetz entstanden.</p>	Übernommen
<b>Zeile 2831 bis 2831 - Antragsteller: Florian Rentsch (LV Hessen) für den Bundesfachausschuss Wirtschaft und Energie</b>			
258	Ersetzung setzten	setzen	Übernommen
<b>Zeile 2870 - Antragsteller: Konstantin Kuhle (LV Niedersachsen) für den Bundesvorstand der Jungen Liberalen und Dr. Lukas Köhler (LV Bayern) für den Landesverband Bayern</b>			
259	Füge ein nach generationengerecht!	<p><b>Politische Repräsentation junger Bürger</b></p> <p>Gerade junge Menschen platzen vor neuen Ideen und wollen diese auch in den politischen Prozess einbringen. Derzeit wird Personen unter 18 Jahren jedoch die höchste Form der politischen Partizipation – das Wahlrecht – verwehrt. Dabei sind gerade sie es, die am längsten von heutigen politischen Entscheidungen betroffen sein werden. Wir Freie Demokraten trauen auch jüngeren Bürgern zu, diese Politik mitzuentcheiden. Pilotprojekte auf Landesebene haben gezeigt, dass sie durchaus in der Lage sind, diese Verantwortung gewissenhaft wahrzunehmen. Deshalb wollen wir das Wahlalter für das aktive Wahlrecht auf allen</p>	Abstimmung mit Beratung

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		<p>Ebenen auf 16 Jahre senken. Für alle Personen, die dadurch weiterhin politisch nicht repräsentiert sind, aber dennoch künftig von der heutigen Politik betroffen sein werden (wie Kinder, aber auch zukünftige Generationen), wollen wir eine ansonsten unabhängige Ombudsperson einführen, welche diese vor den staatlichen Organen vertreten soll. Sie soll jedes Gesetzesvorhaben auf dessen Auswirkungen auf die Zukunft prüfen und im Parlament eine repräsentative Stimme für diejenigen wahrnehmen, die dort selbst nicht sprechen können.</p>	
<b>Zeile 2907 bis 2908 - Antragsteller: Florian Rentsch (LV Hessen) für den Bundesfachausschuss Wirtschaft und Energie</b>			
260	Ersetzung von "Aus Sicht der Freien Demokraten" ... bis "zurückgeführt werden. Denn sonst"	Die Niedrigzinspolitik verschiebt Lasten in die Zukunft und schadet somit der Generationengerechtigkeit. Außerdem	Übernommen in veränderter Form: Einfügung in Zeile 2908 nach „werden“
<b>Zeile 2911 - Antragsteller: Florian Rentsch (LV Hessen) für den Bundesfachausschuss Wirtschaft und Energie</b>			
261	Füge ein nach zurückzuführen ist.	<p><b>EZB Targetsalden</b></p> <p>Wir Freie Demokraten wollen die Kredite im Rahmen des Target-Systems der EZB als Form der unkontrollierten Kreditvergabe begrenzen und zurückführen. Dazu soll ein jährlicher Ausgleich von Target-Salden bei der EZB, wie im Federal Reserve System der USA, erfolgen. Dies würde auch einen möglichen Austritt aus dem Euro-Raum</p>	Abstimmung mit Beratung zusammen mit V2 63

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		erleichtern.	
<b>Zeile 2922 bis 2923 - Antragsteller: Henner Schmidt (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b>			
262	Ersetzung von "Strom soll dort produziert" ... bis "geringsten Kosten erlauben. "	Strom soll an den Standorten produziert werden, wo dies zu den insgesamt geringsten Kosten für die Stromkunden möglich ist.	Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 2948 - Antragsteller: Albert Duin (LV Bayern) für den Landesverband Bayern</b>			
263	Füge ein nach -	, insbesondere der Power-to-Gas Technologie,	Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 2965 bis 2966 - Antragsteller: Henner Schmidt (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b>			
264	Streichung von "Das jetzige System der" ... bis "endlich entlastet werden. "		Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 2970 - Antragsteller: Dr. Andreas Reichel (LV Nordrhein-Westfalen), Michael vom Baur (LV Mecklenburg-Vorpommern), Dr. Hermann Otto Solms (Hessen) und Florian Rentsch (LV Hessen)</b>			
265	Füge ein nach teilweise) tragen.	<p><b>Offene Leistungsmärkte statt planwirtschaftlicher Kapazitätsmärkte</b></p> <p>Wir Freie Demokraten wollen Versorgungssicherheit im Wettbewerb erreichen und sind gegen staatliche Interventionen zur Bereitstellung ausreichender Kraftwerkskapazitäten. Wir wollen keine staatlich bestimmte Kapazitäts- und Klimareserve, mit der lediglich die</p>	Übernommen

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		Symptome der verfehlten Energiewende kuriert werden. Wir treten dafür ein, dass die erneuerbaren Energieträger zukünftig Systemverantwortung übernehmen und selbst für die Sicherheit ihres Stromangebots sorgen. In offenen Leistungsmärkten sollen alle Stromanbieter die dem Verbraucher zugesagte Leistung unter allen Bedingungen durch Versorgungsgarantien absichern müssen. So wird marktwirtschaftlich effizient die erforderliche Leistung bereitgestellt. Durch eine Handelbarkeit der Versorgungsgarantien wollen wir auch kleinen Anbietern die Gewährleistung der Versorgungsgarantie ermöglichen. Ein planwirtschaftlicher Kapazitätsmarkt erübrigt sich dadurch.	
<b>Zeile 2989 bis 2989 - Antragsteller: Florian Rentsch (LV Hessen) für den Bundesfachausschuss Wirtschaft und Energie</b>			
266	Ersetzung in	ihn	Übernommen
<b>Zeile 3041 bis 3041 - Antragsteller: Florian Rentsch (LV Hessen) für den Bundesfachausschuss Wirtschaft und Energie</b>			
267	Ersetzung behindert	behindern	Übernommen
<b>Zeile 3101 - Antragsteller: Dr. Martin Dickopp (LV Berlin)</b>			
268	Füge ein nach mittelständische	europäische	Übernommen
<b>Zeile 3131 bis 3132 - Antragsteller: Thomas L. Kemmerich (LV Thüringen), Dr. Thomas Nitzsche (LV Thüringen), Robert-Martin Montag (LV</b>			

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
<b>Thüringen), Tim Wagner (LV Thüringen), Jan Siegemund (LV Thüringen), Patrick Frisch (LV Thüringen) für den Landesverband Thüringen</b>			
269	Ersetzung von "Vereinfachung der Dokumentationspflichten" ... bis "beim Mindestlohn"	Abschaffung der Dokumentationspflichten beim Mindestlohn	Abstimmung mit Beratung zusammen mit 270
<b>Zeile 3133 bis 3134 - Antragsteller: Thomas L. Kemmerich (LV Thüringen), Dr. Thomas Nitzsche (LV Thüringen), Robert-Martin Montag (LV Thüringen), Tim Wagner (LV Thüringen), Jan Siegemund (LV Thüringen), Patrick Frisch (LV Thüringen) für den Landesverband Thüringen</b>			
270	Ersetzung von "Wir Freie Demokraten fordern" ... bis "Dokumentationspflichten beim Mindestlohn."	Wir Freie Demokraten fordern die Abschaffung der Dokumentationspflichten beim Mindestlohn und befürworten stattdessen, dass die tatsächlich gearbeiteten Stunden durch den Arbeitgeber verbindlich auf den Lohnzetteln der Arbeitnehmer angegeben werden müssen. Somit ist es dem Arbeitnehmer möglich die Arbeitsstunden entsprechend zu vergleichen und eigenständig mögliche auftretende Differenzen über die bestehenden betrieblichen und rechtlichen Wege anzumahnen.	Abstimmung mit Beratung zusammen mit 269
<b>Zeile 3145 bis 3147 - Antragsteller: Stephan Thomae (LV Bayern) und Wolfgang Greilich (LV Hessen) für den Bundesfachausschuss Justiz, Innen, Integration und Verbraucherschutz</b>			
271	Ersetzung von "sowie das „one in, two" ... bis "zurückgeführt werden."	vor.	Abstimmung mit Beratung
<b>Zeile 3149 - Antragsteller: Thomas L. Kemmerich (LV Thüringen), Dr. Thomas Nitzsche (LV Thüringen), Robert-Martin Montag (LV Thüringen), Tim Wagner (LV Thüringen), Jan Siegemund (LV Thüringen), Patrick Frisch (LV Thüringen) für den Landesverband Thüringen</b>			

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
272	Füge ein nach sich bewähren.	<p><b>Wettbewerb im Binnenmarkt muss fair sein</b></p> <p>Der freie Warenverkehr in Europa darf nicht durch einen hohen bürokratischen Aufwand in den einzelnen Nationalstaaten konterkariert werden. Regelungen, müssen so gestaltet sein, dass sie für alle Beteiligten keinen überhohen Aufwand erzeugen. Beispielsweise stellen Entsendebestimmungen in Österreich und Frankreich für das deutsche Fuhrgewerbe einen sehr hohen bürokratischen Aufwand dar, aufgrund der zahllosen für jedes Land differenten Formulare und Dokumente, die zur Entsendung von LKW-Fahrern nötig sind. Kurzfristige Auftragsannahmen sind in diese EU-Partnerländer nahezu unmöglich.</p>	Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 3160 - Antragsteller: Dr. Lasse Becker (LV Hessen)</b>			
273	Füge ein nach Regierung.	Um nicht Bürokratie auszudehnen, soll im Gegenzug für die Schaffung eines Ministeriums für die Digitalisierung an anderer Stelle im Rahmen der Geschäftsverteilung die Zahl der Ministerien verringert werden.	Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 3164 bis 3164 - Antragsteller: Dr. Martin Dickopp (LV Berlin)</b>			
274	Streichung bereits heute		Übernommen
<b>Zeile 3167 - Antragsteller: Dr. Martin Dickopp (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b>			
275	Füge ein nach	und stellen zudem eine Investition in eine technische	Übernommen

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
	Glasfaser	Sackgasse dar.	
<b>Zeile 3186 bis 3186 - Antragsteller: Dr. Martin Dickopp (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b>			
276	Streichung mehr		Abstimmung ohne Beratung
<b>Zeile 3196 - Antragsteller: Dr. Martin Dickopp (LV Berlin) für den Landesverband Berlin</b>			
277	Füge ein nach nutzerfreundlichen	und sicheren	Übernommen
<b>Zeile 3229 bis 3240 - Antragsteller: Thomas L. Kemmerich (LV Thüringen), Dr. Thomas Nitzsche (LV Thüringen), Robert-Martin Montag (LV Thüringen), Tim Wagner (LV Thüringen), Jan Siegemund (LV Thüringen), Patrick Frisch (LV Thüringen) für den Landesverband Thüringen</b>			
278	Streichung von "Ambulante Versorgung stärken Wir" ... bis "praktikabel erwiesen."		Erledigt durch 186
<b>Zeile 3262 - Antragsteller: Helge Ziegler (LV Bayern)</b>			
279	Füge ein nach nach "dadurch nicht besser."	Einführung eines „echten“ Bestellerprinzips, bei dem sowohl der Vermieter als auch der Mieter der Besteller sein kann. Derjenige, der als erstes den Makler beauftragt, zahlt seine Provision.	Abstimmung ohne Beratung

**68. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 28. - 30. April 2017****Antrag Nr. A309 "Vielfalt der Religionen – 500 Jahre nach der Reformation"****Änderungsanträge mit Bericht der Antragskommission**

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
<b>Zeile 95 bis 95 - Antragsteller: Helge Ziegler (LV Bayern)</b>			
1	Streichung von		Kein Votum